

Armut in Deutschland: Prozesse sozialer Ausgrenzung und die Entstehung einer neuen „Underclass“?*

Vorläufige Antworten auf der Basis von Umfragedaten

von Hans-Jürgen Andreß

Zusammenfassung

Ausgehend von Wilsons Konzept der „Underclass“ und den Diskussionen um Prozesse der Exklusion in Europa geht der Autor der Frage nach, welche Bedingungen und Indikatoren der Armutsforschung in Deutschland herangezogen werden können, um Prozesse der Exklusion zu analysieren. Dazu werden die wichtigsten Ergebnisse der Umfrageforschung im Hinblick auf ökonomische, kulturelle und soziale Deprivation und auf räumliche Segregation hin überprüft. Der Autor kommt u.a. zu dem Ergebnis, daß sich zwar im einzelnen individuelle Exklusionserfahrungen nachweisen lassen, daß aber von einer neu entstandenen „Underclass“ mit deutlichen sozialen Isolationstendenzen in Deutschland bislang nicht gesprochen werden kann.

Abstract

Proceeding from Wilson's concept of „Underclass“ and from discussions about processes of exclusion, the author analyses the conditions and indicators in poverty research measuring processes of exclusion. The most important results of survey research in Germany will be scrutinised with regard to economic, cultural, and social deprivation and spatial segregation. The author concludes that we can find individual processes of exclusion, but no „underclass“ with clear tendencies of social isolation in Germany as yet.

1. Einleitung

Das zunehmende Interesse an Armutsfragen in der sozialwissenschaftlichen Diskussion in Deutschland hat die Frage aufgeworfen, ob überhaupt das begriffliche Instrumentarium zur Verfügung steht, um aktuelle Formen von Armut und Unterversorgung angemessen zu beschreiben. Zwei Begriffe tauchen in diesem Zusammenhang immer wieder auf: der eine ist der von W.J. Wilson (1987) geprägte Begriff der „Underclass“, der andere ist der ursprünglich aus Frankreich stammende, mittlerweile aber zum EU-Jargon gehörende Begriff der *sozialen Ausgrenzung* („Social Exclusion“; vgl. z.B. Room 1990; Huster 1996). Während letzterer den Prozeß und die Mechanismen der Ausgrenzung zu erfassen versucht, beschreibt ersterer das Ergebnis eines Ausgrenzungsprozesses.

Mitglieder der „Underclass“ sind nach Wilson gekennzeichnet durch zwei Eigenschaften: erstens durch eine marginale ökonomische Position bzw. durch eine prekäre Einbindung in den Arbeitsmarkt, die zweitens durch Prozesse sozialer Isolation in Gebieten mit hoher Armutsverdichtung verstärkt wird (Wilson 1991: 474). Für Wilson handelt es sich dabei um eine neue soziale Kategorie von Individuen, die nicht mit den üblichen Begriffen einer Klassen- oder Schichtentheorie beschrieben werden kann (Wilson 1991: 475). In dieser zugespitzten Form stellt Wilsons Definition vor allem auf die Situation in den Armutsghettos US-amerikanischer Großstädte ab, die in dieser Form und dieser massenhaften Ausprägung in Westeuropa, mindestens jedoch in der Bundesrepublik, (noch) nicht zu beobachten ist.

Dagegen ist der im europäischen Kontext häufiger verwendete Begriff der sozialen Ausgrenzung allgemeiner gefaßt, da er den Blick auf unterschiedliche Formen und Prozesse lenkt, die dazu führen können, daß es zu einer Abspaltung einer „Peripherie“ vom „Zentrum“ der Gesellschaft kommt. Bei der empirischen Umsetzung dieses Begriffes entsteht jedoch das Problem, wie diese zunächst sehr allgemein beschriebenen Prozesse der „Peripherisierung“ und „Marginalisierung“ operationalisiert werden können. Nach einer kritischen Durchsicht verschiedener empirischer Studien aus unterschiedlichen Ländern kommt Kronauer zu dem Schluß, daß, „bei aller Vielfalt in der Anlage und Durchführung der Studien, weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der zentralen Dimensionen [besteht], in denen sich soziale Ausgrenzung manifestiert“ (Kronauer 1997: 39). Neben der Ausgrenzung am Arbeitsmarkt unterscheidet er zwischen ökonomischer, kultureller, sozialer, räumlicher und institutioneller Ausgrenzung.

In diesem Aufsatz wollen wir aktuelle empirische Untersuchungen über Armut und Unterversorgung in der Bundesrepublik mit der Frage konfrontieren, welche Hinweise sie auf Prozesse sozialer Ausgrenzung geben. Wir verwenden dazu die Klassifikation von Kronauer, die wir im folgenden Abschnitt 2 mit der Diskussion der empirischen Befunde näher erläutern. Bei unserer Diskussion konzentrieren wir uns schwerpunktmäßig auf Ergebnisse, die mit Hilfe repräsentativer Umfragedaten gewonnen wurden. Daran schließt sich die Frage an, ob eine Schicht von Personen entsteht bzw. bereits entstanden ist, die durch eine marginale ökonomische Lage und durch soziale Isolation gekennzeichnet sind. Abschnitt 3 versucht, eine Antwort auf die Frage nach dem Entstehen einer „Underclass“ zu geben, wobei u.a. zu prüfen ist, ob Umfrageforschung ein geeignetes Erhebungsinstrument ist, um Ausgrenzungserscheinungen zu erfassen.

2. Hinweise auf Prozesse sozialer Ausgrenzung in aktuellen empirischen Untersuchungen

Die folgende Diskussion konzentriert sich auf empirische Untersuchungen über Armut und Unterversorgung. Die Frage, wie man Armut definieren und messen kann, hat Generationen von Sozialwissenschaftlern beschäftigt. Es ist nicht Aufgabe die-

ses Beitrages, diese Debatte in allen ihren Verästelungen nachzuzeichnen. Für unsere Zwecke genügt es, wenn wir uns auf die Aspekte beschränken, mit Hilfe derer man in empirischen Untersuchungen den von Armut betroffenen Personenkreis eingrenzen kann. In erster Annäherung wollen wir dazu die Personen als arm bezeichnen, deren Ressourcen zur Deckung ihres Bedarfes nicht ausreichen. Ressourcen seien dabei die Mittel, die eine Person verwendet, um bestimmte Bedarfe zu befriedigen. Einkommen ist beispielsweise eine Ressource, mit Hilfe derer Güter und Dienstleistungen konsumiert werden können, die Bedarfe der Individuen befriedigen.

Anknüpfend an diese Definition, die auf Ressourcen und Bedarfsdeckung abstellt, lassen sich Armutsindikatoren unterscheiden, die entweder die Ressourcen erfassen, über die Individuen verfügen, oder die die Ergebnisse der Ressourcenverwendung betrachten, d.h. die Befriedigung bestimmter Bedarfe und die Erzielung eines bestimmten Lebensstandards. Armut wird in empirischen Untersuchungen daher entweder durch Einkommens- oder durch Lebensstandard-Indikatoren erfaßt, die gewisse Mindeststandards unterschreiten. Wir unterscheiden dementsprechend zwischen einkommens- und deprivationsbasierten Armutsmaßen. Deprivation ist dabei nur eine andere Bezeichnung für mangelnde Teilhabe an einem allgemein akzeptierten Lebensstandard (vgl. Townsend 1979: 249).

Nachdem wir nun wissen, anhand welcher Indikatoren der von Armut betroffene Personenkreis eingegrenzt werden kann, sollen im folgenden einige empirische Ergebnisse bundesdeutscher Armutsforschung im Hinblick auf die o.g. Dimensionen sozialer Ausgrenzung zusammengefaßt werden. Die Forschungsergebnisse sollen daraufhin befragt werden, ob sie Hinweise auf 1. ökonomische, 2. kulturelle, 3. soziale und 4. räumliche Ausgrenzungsprozesse geben und wie diese mit Ausgrenzungsprozessen am Arbeitsmarkt korrespondieren. Erste Informationen dazu liefern bereits die zur Eingrenzung der Armutsbevölkerung selbst verwendeten Indikatoren. Vorab sei bereits darauf hingewiesen, daß institutionelle Ausgrenzungsprozesse¹ kaum systematisch mit Umfragedaten untersucht wurden, so daß diese 5. Dimension sozialer Ausgrenzung hier nicht weiter diskutiert werden kann.

2.1 Einkommensarmut

Indirekte Armutsindikatoren, die das Ausmaß der Einkommensarmut beschreiben, geben erste Hinweise auf die Frage, bei wievielen Personen und Haushalten die Finanzierung des eigenen Lebensunterhaltes unzureichend ist. Ebenso wichtig ist aber auch die Frage, aus welchen Quellen sich zu niedrige Einkommen speisen, denn *ökonomische Ausgrenzung*, Kronauers erste Dimension sozialer Ausgrenzung, „schlägt sich im Verlust der Fähigkeit nieder, innerhalb des regulären Erwerbssystems für den eigenen Lebensunterhalt oder den des gemeinsamen Haushalts aufzukommen. Dazu gesellt sich als weiteres wichtiges Kriterium die finanzielle Abhängigkeit von Leistungen des Sozialstaats (,welfare dependence‘) oder von gesellschaftlich minder bewerteten Einkommensformen“ (1997: 39). In welchem Maße sind also einkommensarme Personen auf staatliche Leistungen angewiesen bzw.

wieweit finanzieren sie sich noch durch eigene Erwerbsarbeit? Diese Fragen wollen wir jedoch erst im nächsten Abschnitt diskutieren.

Wir beginnen zunächst mit einer Analyse der verfügbaren Haushaltseinkommen. Eine Durchsicht der einschlägigen Arbeiten zeigt, daß es auch in der Bundesrepublik, einer der führenden Wirtschaftsnationen, ein nicht unerhebliches Maß an Einkommensarmut gibt. In Abhängigkeit von den verwendeten Daten, Methoden und Armutsgrenzen ist das Ausmaß der Einkommensarmut jedoch einmal höher und einmal niedriger. Besonders schwierig ist auch die Einschätzung des zeitlichen Trends, insbesondere für Ostdeutschland. Die am häufigsten verwendete Datenquelle ist das Sozio-ökonomische Panel,² das für Westdeutschland seit 1984 Armutsquoten³ zwischen 9 und 12 Prozent ausweist (Habich/Krause 1997: 518; Frick/ Krause/Wagner 1997: 509). Zugrundegelegt wird dabei die westdeutsche Wohnbevölkerung, und als Armutsgrenze fungiert die Hälfte des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens (1984: 611 DM, 1995: 935 DM, vgl. Habich/Krause 1997: 516f.).⁴ Zeitliche Veränderungen sind dabei für Westdeutschland kaum zu beobachten, abgesehen von einer marginalen Abnahme bis etwa 1992 und einer leichten Zunahme in den Jahren 1993-95 nach dem Ende des „Vereinigungsbooms“. Man liegt jedoch nicht falsch, wenn man sagt, daß die westdeutsche Armutsquote nach dieser Methode im langfristigen Mittel ca. 11 Prozent beträgt.

Lediglich im Jahr 1995 zeigt sich mit 13 Prozent eine vom langfristigen Trend nach oben abweichende Armutsquote, wenn man die Zuwanderung⁵ nach Westdeutschland berücksichtigt, was mit einer 1994 eingeführten Zusatzstichprobe des Panels möglich ist (Schupp/Wagner 1995). Die nach 1984 zugewanderten Personengruppen verfügen über durchschnittlich sehr viel geringere Einkommen als die bereits 1984 in Westdeutschland ansässige Bevölkerung, die seit 1984 mit der Hauptstichprobe des Panels erfaßt wird. Das Gleiche gilt im übrigen auch für die bereits 1984 in Westdeutschland lebenden Ausländer aus den Hauptanwerbegebieten („Gastarbeiter“): „Die Armutsquote von Ausländern war ab 1984 mehr als doppelt so hoch wie die der Deutschen und lag im Jahre 1995 bei über 26%“ (Habich/Krause 1997: 517).

Für Ostdeutschland, für das seit Juni 1990 eine eigene Panelstichprobe erhoben wird, ist es sehr viel schwieriger, definitive Aussagen über das Ausmaß der Einkommensarmut zu machen, denn aufgrund der immer noch bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands ist nicht klar, welche Einkommensverteilung zur Beurteilung der Einkommenspositionen der Ostdeutschen herangezogen werden soll: die Verteilung der ostdeutschen Einkommen, die westdeutsche oder eine gesamtdeutsche Einkommensverteilung? Der Durchschnittswert der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen und damit die Armutsgrenze wird im ersten Fall eher niedriger, im zweiten Fall eher höher und im dritten Fall eher auf einem mittleren Niveau liegen. Wenn man die Einkommen der Ostdeutschen mit einem west- oder gesamtdeutschen Standard vergleicht, ist zusätzlich die Frage zu klären, wie die immer noch bestehenden Kaufkraftunterschiede zwischen Ost und West berücksichtigt werden können. Diese betragen

nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 1990 immerhin 43,3 Prozent und 1995 immer noch 12,9 Prozent (Habich/Krause 1977: 517).

Wir haben die verschiedenen Möglichkeiten für die Jahre 1990-92 mit den Daten des Panels geprüft und sind dabei zu folgenden Schlußfolgerungen gekommen: „Aufgrund ihrer insgesamt niedrigeren Einkommen sind die Ostdeutschen deutlich mehr einkommensarm, egal wie man rechnet ..., ausgenommen man verwendet die ostdeutsche Einkommensverteilung als Referenzverteilung ... Im Zeitablauf sind jedoch für die Ostdeutschen zwei Entwicklungen bemerkenswert: Einerseits haben ihre Einkommen gegenüber den westdeutschen aufgeholt, so daß sie verglichen mit dem west- oder gesamtdeutschen Standard immer weniger einkommensarm sind ... Andererseits haben sich die Einkommen am unteren Ende der ostdeutschen Einkommensverteilung weiter ausdifferenziert, so daß eine zunehmend größer werdende Gruppe Ostdeutscher an den überdurchschnittlichen ostdeutschen Einkommenszuwächsen nicht mehr partizipiert und ‚relativ‘ dazu verarmt“ (Andreß et al. 1996: 119). Abgesehen von diesen qualitativen Aussagen, die im Prinzip auch für den Zeitraum nach 1992 gelten, lassen sich jedoch kaum konkrete Angaben machen, denn je nach Berechnungsmodus variieren die ostdeutschen Armutsquoten ganz erheblich: 1990 zwischen 3,5 und 65%, 1995 immerhin noch zwischen 7,9 und 17,2 Prozent (Habich/Krause 1997: 518f.).

Die unterschiedlichen Ergebnisse im Falle Ostdeutschlands stärken nicht gerade das Vertrauen in die berechneten Einkommensarmutsquoten. Auch muß immer wieder betont werden, daß die Wahl eines bestimmten Prozentsatzes des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens als Armutsgrenze ein ausschließlich statistisches Vergleichskriterium darstellt, das allenfalls durch Konvention, kaum aber substantiell begründet werden kann.⁶ Es ist daher unabdingbar, die berichteten Schätzungen der Einkommensarmut durch andere, ebenfalls einkommensbasierte Maße zu validieren. Ein entsprechender Vergleich mit anderen Einkommensarmutsindikatoren sowie mit Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zeigt zum Teil Übereinstimmungen, zum Teil aber auch gravierende Abweichungen. Beginnen wir zunächst mit anderen einkommensbasierten Armutsindikatoren.

Fragt man die Personen selbst, welches Mindesteinkommen ihr Haushalt zur Verfügung haben müßte, dann läßt man die Betroffenen selbst über ihr Anspruchsniveau und ihre Vergleichskriterien entscheiden. Diese sogenannten subjektiven Armutsindikatoren (Goedhart et al. 1977; Hagenaaars 1986) zeigen in der Regel ein sehr viel höheres Ausmaß an Einkommensarmut, was zum Teil methodische Gründe haben mag. Mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels⁷ ergibt sich z.B. für 1992 eine westdeutsche Armutsquote von etwa 15-17 Prozent und eine ostdeutsche Quote von etwa 34-35 Prozent (Andreß et al. 1996: 120). Inhaltlich zeigen die zugrundeliegenden Armutsgrenzen zweierlei: Erstens ist der subjektive Einkommensmindestbedarf in Ostdeutschland erheblich höher, als manche aufgrund bestehender Kaufkraftunterschiede und Einkommensdifferenzen vermuten. Die Ostdeut-

schen orientieren sich also sicher eher am west- oder gesamtdeutschen Durchschnitt als am ostdeutschen (zur Angleichung der Bewertungsmaßstäbe vgl. auch Krause 1995). Zweitens setzen die Befragten in Ost und West den Einkommensmindestbedarf der ersten Person im Haushalt sehr viel höher an als die üblicherweise berechneten bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen, die sich an den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe orientieren. Der zusätzliche Einkommensbedarf der weiteren Haushaltsmitglieder wird statt dessen eher gering beurteilt. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, daß die Befragten an die Fixkosten der Haushaltsführung (z.B. die Mietausgaben) denken, die unabhängig davon anfallen, ob eine Person allein oder mit anderen zusammen in einem Haushalt lebt.

Die letzte Vermutung deckt sich mit Beobachtungen aus anderen Berechnungen. Legt man beispielsweise die Armutsgrenze nicht anhand eines statistischen Kriteriums fest (s. oben), sondern legt die Leistungen zugrunde, die üblicherweise im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) abgedeckt werden (Hilfe zum Lebensunterhalt, einmalige Leistungen, Kosten der Wohnung), dann ergeben sich u.a. aufgrund der Berücksichtigung der Wohnungskosten höhere Armutsgrenzen und dementsprechend höhere Armutsqoten. Eine von uns für das Jahr 1992 in den Panel-Haushalten durchgeführte Sozialhilfesimulation ergab, daß 13,7 Prozent aller Westdeutschen und 25,6 Prozent aller Ostdeutschen unter die simulierte Sozialhilfeschwelle fallen und nach den Kriterien des BSHG als einkommensarm bezeichnet werden müssen (Andreß et al. 1996: 120). Auch Hauser und Faik (1996) kommen unter Berücksichtigung der Wohnungskosten zu dem Schluß, daß der zusätzliche Einkommensbedarf der weiteren Haushaltsmitglieder bei der Berechnung der Äquivalenzeinkommen zu hoch angesetzt wird. Statt dessen sollte das Gewicht der ersten Person im Haushalt erhöht bzw. das der anderen Haushaltsmitglieder verringert werden.

Insgesamt ist das Ausmaß der Einkommensarmut also wahrscheinlich höher als in den eingangs berichteten Ergebnissen auf Basis des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens (50%-Armutsgrenze). Alle Vergleichszahlen deuten auch darauf hin, daß die ostdeutsche Einkommensverteilung nicht mehr die angemessene Referenzverteilung der ostdeutschen Einkommen ist. Die faktischen Kosten der Lebenshaltung im Osten sind höher als erwartet, und die Ostdeutschen orientieren sich eher am westdeutschen Vorbild. Nach allem, was wir über die Entwicklung der Einkommensverteilung in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung wissen (Müller et al. 1995), hat neben einer Niveaushöhenverschiebung nach oben eine Ausdifferenzierung der Einkommen am unteren Ende der Verteilung stattgefunden, so daß sich für einen kleinen Teil der Ostdeutschen die Einkommensarmut erhöht, für die breite Masse jedoch die Einkommensverhältnisse verbessert haben. Dies würde die oben beschriebene Entwicklung der Einkommensarmut in Ostdeutschland erklären.

Nur die weitgehende Konstanz der Einkommensarmut in Westdeutschland, die sich auf Basis der 50%-Armutsgrenze ergibt, läßt sich nicht mit einigen allgemeinen Indikatoren in Einklang bringen. Zwar entspricht die leichte Abnahme der Ein-

kommensarmut bis etwa 1992 dem wirtschaftlichen Erholungsprozeß, insbesondere im Zuge der Wiedervereinigung, jedoch würde man aufgrund des rasanten Anstiegs der Arbeitslosigkeit seit 1991 erwarten, daß sich die finanziellen Ressourcen größerer Teile der westdeutschen Bevölkerung wesentlich verschlechtert haben.⁸ Auch beobachtet man seit Beginn der achtziger Jahre sowohl absolut als auch relativ stetig zunehmende Zahlen von Sozialhilfeempfängern (Zwick 1997, Neuhäuser 1995).⁹ Wie vereinbart sich also steigende Sozialhilfebedürftigkeit der Westdeutschen mit einer im Zeitablauf nur unmerklich variierenden relativen Einkommensarmut?

Diese Frage ist empirisch und theoretisch nur sehr schwer zu beantworten. Eine Erklärung wäre etwa, daß Sozialhilfebezug nicht mit Einkommensarmut gleichgesetzt werden kann, denn nicht jeder nimmt Sozialhilfe in Anspruch, der dazu berechtigt ist (van Oorschot 1998). Man könnte also behaupten, daß steigende Zahlen von Sozialhilfeempfängern darauf zurückzuführen sind, daß entweder zunehmend mehr Personen von dieser Sozialleistung Gebrauch machen oder daß der Strukturwandel der Sozialhilfe dazu führt, daß Gruppen mit traditionell geringem Inanspruchnahmeverhalten (z.B. ältere Personen) tendenziell abnehmen, andere Gruppen dagegen zunehmen. Ohne weitere Informationen über das Ausmaß und den Wandel der verdeckten Armut wäre es jedoch etwas gewagt, steigende Sozialhilfequoten allein auf verändertes Inanspruchnahmeverhalten zurückzuführen. Eine andere Erklärung wäre dagegen, daß die Einkommensarmut gerade deshalb nicht zunimmt, weil Sozialhilfeleistungen gezahlt werden. Das setzt allerdings voraus, daß Sozialhilfeleistungen zu einem Einkommen oberhalb der gewählten Einkommensarmutsgrenze führen. Unklar sind auch die Folgewirkungen der Sozialhilfeleistungen für die Einkommensverteilung insgesamt, von deren Gestalt wiederum das Einkommensintervall der unteren 50 Prozent und damit der zahlenmäßige Umfang der Einkommensarmut abhängt. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Sozialhilfe und der Einkommensarmut bedarf also weiterer Forschungen.

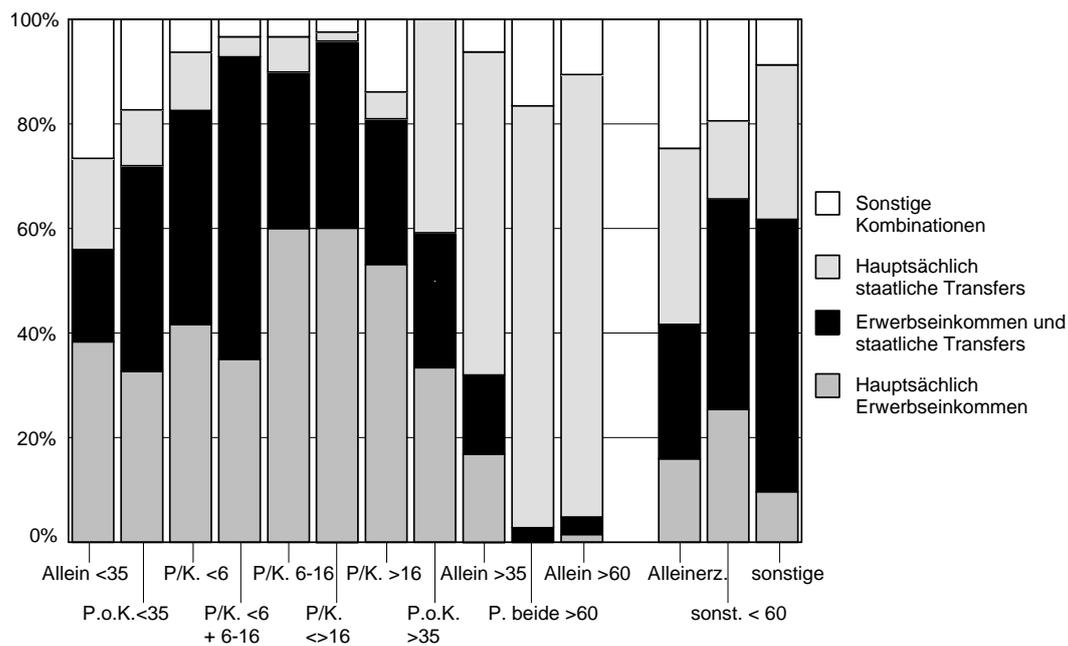
2.2 Einkommensquellen

Kommen wir nun zu den Einkommensquellen der einkommensarmen Personen, die ein weiterer Indikator für ökonomische Ausgrenzung sind. Wir haben dazu die ökonomischen Aktivitäten einkommensschwacher Haushalte analysiert und dabei im wesentlichen zwei Versorgungsoptionen unterschieden: Erwerbstätigkeit und Inanspruchnahme staatlicher Transfers (Andreß et al. 1996: 252ff.). Grundlage waren wiederum die Daten des Sozio-ökonomischen Panels, und um hinreichend differenzierte Analysen durchführen zu können, haben wir eine etwas weiter gefaßte Armutsgrenze verwendet und die Beobachtungen aus allen Untersuchungsjahren 1984-92 kumuliert.¹⁰ Zu den staatlichen Transfers haben wir Renten, Leistungen nach dem Arbeitsförderungs- und dem Bundesausbildungsgesetz, Sozialhilfeleistungen sowie Wohn-, Kinder- und Erziehungsgeld gezählt. Da ein Teil dieser Leistungen in bestimmten Lebensphasen und Haushaltstypen vermehrt in Anspruch genommen wird - z.B. Kindergeld in Haushalten mit Kindern und erwachsenen

Personen in den mittleren Lebensjahren oder Renten in Haushalten mit nicht (mehr) erwerbstätigen erwachsenen Personen in den älteren Lebensjahren -, ist die Nutzung dieser Einkommensquellen natürlich nicht nur eine Frage des Armutsstatus. Das Gleiche gilt im übrigen auch für die Erwerbsbeteiligung, die ebenfalls lebenszyklisch variiert.

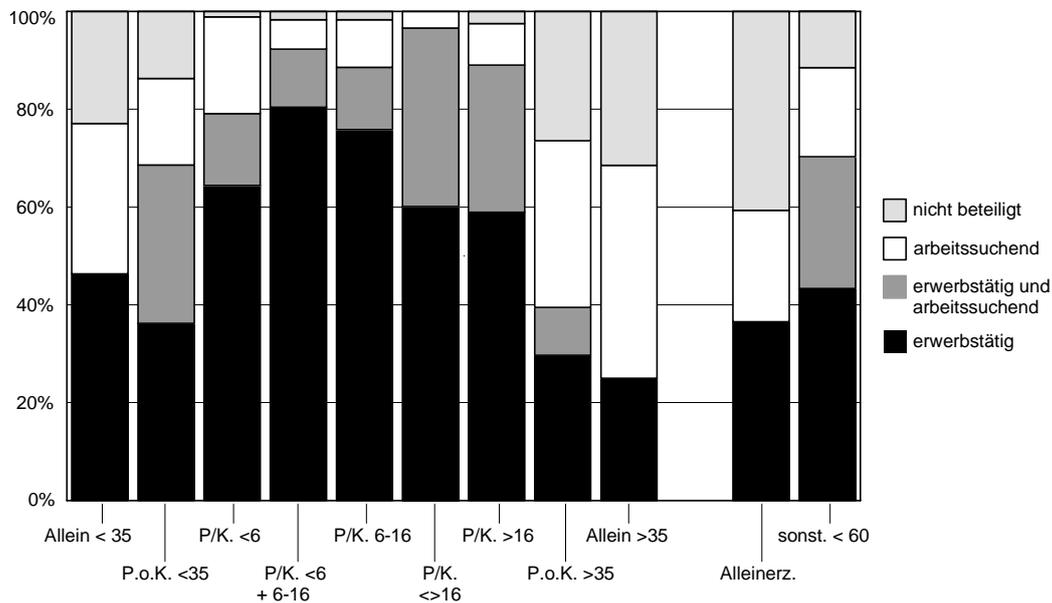
Die folgenden Abbildungen zeigen die Ergebnisse für die von uns ausgewählten einkommensschwachen Haushalte in Westdeutschland.¹¹ Der Anteil der Haushalte, in denen mindestens eine Person erwerbstätig ist, ist in vielen Haushaltstypen erstaunlich hoch. Das gilt insbesondere für Haushalte mit Kindern in der Mitte des Lebenszyklus. Haushalte, in denen niemand erwerbstätig ist, kommen im nennenswerten Umfang nur am Anfang und am Ende des Erwerbszyklus bzw. bei den Alleinerziehenden vor. Dementsprechend ist der Anteil der Haushalte, die überwiegend von Erwerbseinkommen leben, in vielen Haushaltstypen erstaunlich hoch, insbesondere in Haushalten mit Kindern. Aus verständlichen Gründen (Kindergeld) ist bei letzteren auch der Anteil der Haushalte besonders groß, die einen „Einkommensmix“ aus Erwerbseinkommen und staatlichen Transfers betreiben.

Abbildung 1: Einkommensquellen einkommensschwacher Haushalte in Westdeutschland nach Haushaltstyp (Anteile in Prozent)



Datenbasis: SOEP-West kumulierte Querschnitte 1984-92, gewichtete Ergebnisse.

Abbildung 2: *Erwerbsstatus einkommensschwacher Haushalte in Westdeutschland nach Haushaltstyp (ohne Rentner/innen, Anteile in Prozent)*



Datenbasis: SOEP-West kumulierte Querschnitte 1984-92, Haushalte ohne über 60jährige Haushaltsmitglieder, gewichtete Ergebnisse.

Haushalte, die überwiegend von staatlichen Transfers leben, kommen im relevanten Ausmaß entweder bei „älteren“ Haushalten ohne Kinder vor, in denen die Erwachsenen noch prinzipiell erwerbsfähig sind, oder bei Haushalten mit über 60jährigen, die aller Voraussicht nach bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Hoch ist dieser Anteil auch bei den Alleinerziehenden, bei denen aber noch eine vierte Gruppe eine Rolle spielt, die sich vor allem aus privaten Transfers finanziert (sonstige Kombinationen).

Sieht man einmal von den über 60jährigen („Rentner/innen“) ab, dann kann man die Ergebnisse wie folgt zusammenfassen (vgl. Andreß et al. 1996: 270f.): Entgegen vielen Vermutungen lebt mit 14 Prozent nur ein relativ kleiner Teil der einkommensschwachen Haushalte hauptsächlich von staatlichen Transfers. Mehr als zwei Fünftel (42%) leben hauptsächlich von Erwerbseinkommen. Nur ca. ein Drittel aller einkommensschwachen Haushalte (32%) sind von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit betroffen. Dies ist insbesondere am Anfang (junge Alleinstehende, junge Paare ohne Kinder und Paare mit ausschließlich kleinen Kindern) und am Ende des Familienzyklus (Paare mit erwachsenen Kindern und ältere Haushalte ohne Kinder) der Fall. In der Hälfte der Haushalte, die von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist aber mindestens eine Person erwerbstätig, und davon lebt wiederum die Hälfte nur von Erwerbseinkommen. Nur 7 Prozent aller einkommensschwachen Haushalte sind Haushalte, die nur von staatlichen Transfers leben und in denen niemand erwerbstätig ist, obwohl mindestens ein Haushaltsmitglied Ar-

beit sucht. In der großen Mehrheit (58%) der einkommensschwachen Haushalte ist mindestens ein Haushaltsmitglied erwerbstätig, und niemand sucht Arbeit. Ein Drittel (33%) aller Haushalte im unteren Einkommensbereich hat in diesem Sinne ein voll realisiertes Arbeitsangebot und lebt hauptsächlich von Erwerbseinkommen. Ca. ein Fünftel (19%) erhält zusätzlich staatliche Transfers. Lediglich 11 Prozent der Haushalte im unteren Einkommensbereich beteiligen sich nicht am Arbeitsmarkt, davon lebt etwa die Hälfte hauptsächlich von staatlichen Transfers. Es handelt sich dabei im wesentlichen um junge Alleinstehende in der Ausbildung, um ältere Haushalte oder um Alleinerziehende.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich für Ostdeutschland (Andreß et al. 1996: 273), wenn auch die ostdeutschen Haushalte aufgrund der besonderen Arbeitsmarktlage und den entsprechenden Interventionen des Sozialstaates ihr Arbeitsangebot häufiger nur teilweise realisieren können und daher neben Erwerbseinkommen häufiger auf staatliche Transfers zurückgreifen. Gleichwohl ist in vielen Haushalten noch mindestens ein Erwerbseinkommen vorhanden, so daß Haushalte, die überwiegend von staatlichen Transfers leben, in Ostdeutschland in den von uns untersuchten Jahren (1991-92) keine Rolle spielen (wohlgemerkt: unter Vernachlässigung der über 60-jährigen). Wir stellen daher abschließend fest, daß es in der Bundesrepublik eine nicht unerhebliche Zahl von Haushalten gibt, die nur über ein sehr niedriges Einkommen verfügen. Die Zahlen rechtfertigen jedoch nicht die Behauptung, daß ein relevanter Teil dieses unteren Einkommenssegments in der Weise ökonomisch ausgegrenzt ist, daß er nicht mehr am Erwerbsleben beteiligt ist. Die Zahlen deuten eher darauf hin, daß ein großer Teil einkommensarm *trotz* Erwerbstätigkeit ist.

Bei der abschließenden Beurteilung dieses Befundes darf jedoch nicht vergessen werden, daß ein nicht unerheblicher Prozentsatz der einkommensschwachen Haushalte diese marginale ökonomische Position nur dadurch erreicht, daß Erwerbseinkommen durch staatliche Transfers aufgestockt werden. Anders ausgedrückt: Ohne staatliche Intervention wäre die ökonomische Position dieser Haushalte noch sehr viel prekärer. Ein großer Teil dieser Haushalte sind Familien mit Kindern, deren Einkommenssituation u.a. deshalb so schlecht ist, weil der zusätzliche Einkommensbedarf für die Kinder durch das in der Regel eine und zudem noch eher geringe Erwerbseinkommen nicht abgedeckt ist. Kindergeldzahlungen verbessern die Lage etwas, decken jedoch die tatsächlichen Kinderkosten nicht vollständig ab (zu den Kinderkosten vgl. Andreß/Lipsmeier 1997). Ob dieser Personenkreis mit den US-amerikanischen „Working Poor“ vergleichbar ist, bedarf weiterer Untersuchungen. Die Daten deuten zunächst einmal darauf hin, daß die vorhandenen Einkommen relativ zur Anzahl der zu versorgenden Personen zu gering sind. Ob sie auch zur Versorgung einer Einzelperson zu gering sind, wie es in den USA angesichts der Vielzahl niedrig bezahlter „McJobs“ im Dienstleistungsbereich der Fall ist, bedarf genauerer Untersuchungen der individuellen Erwerbseinkommen und der Beschäftigungsstrukturen (Wirtschaftszweige, Tätigkeiten usw.).

2.3 *Deprivationsarmut*

Armutsindikatoren, die direkt auf den Lebensstandard der Individuen abstellen, sind in Deutschland in sehr spezifischer Weise verwendet worden. Bereits die klassische Studie über Einkommensarmut von Hauser et al. (1981) betrachtete neben den Einkommensverhältnissen die Versorgung in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Ausbildung. Im Rahmen der empirischen Wohlfahrtsforschung wurde dieses Vorgehen dann wesentlich verfeinert und zu einem umfassenden System von Sozialindikatoren zur Messung von Wohlstand und Wohlbefinden fortentwickelt. „Unter Wohlstand - oder auch Lebensstandard - werden zumeist die materiellen Dimensionen der Wohlfahrt, die Verfügung über Einkommen und Vermögen sowie der Besitz und Konsum von Gütern und Dienstleistungen, subsumiert. Wohlbefinden ist eine Interpretation von Wohlfahrt, die das Individuum, seine Wahrnehmungen, Situationsdefinitionen, kognitiven Bewertungen und Gefühlszustände, also subjektive Elemente in den Vordergrund stellt“ (Noll 1997: 434).

Zielsetzung war dabei ein möglichst umfassendes und auf empirische Forschung gegründetes Monitoring sozialpolitischer Interventionsfelder, also nicht allein die Armutspolitik. Das zugrundeliegende Gesellschaftsbild geht dabei von einer differenzierten Sozialstruktur aus, die nicht mehr in eindeutiger Weise hierarchisch gegliedert ist. „Die soziale Schichtung moderner Gesellschaften ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß es nicht nur eine einzige homogene Randschicht oder benachteiligte Gruppe gibt. Vielmehr lassen sich verschiedene Bevölkerungsgruppen identifizieren, die in unterschiedlichen Bereichen Defizite aufweisen. Vertikale Ungleichheit und ‚horizontale Disparitäten‘ sind gleichermaßen strukturelle Elemente unserer Gesellschaft. Vor dem Hintergrund des Konzeptes der Lebenslage können dabei zwei Dimensionen unterschieden werden: Neben den Benachteiligungen oder den Privilegierungen in objektiven Lebensbedingungen kommt den Beeinträchtigungen des subjektiven Wohlbefindens eine eigenständige Rolle zu. Bevölkerungsgruppen, die in einem oder mehreren Bereichen hinsichtlich ihrer objektiven Lebensbedingungen unter den vorhandenen oder allgemein akzeptierten Standards der Mehrheit der Bevölkerung liegen oder deren subjektives Wohlbefinden im Vergleich zum Durchschnitt stark beeinträchtigt ist, können als sozialpolitisch relevante ‚Problemgruppen‘ einer Gesellschaft verstanden werden“ (Landua/Habich 1994: 3).

Mit Daten der Wohlfahrtssurveys sind die sozio-demographischen Merkmale dieser „Problemgruppen“ in verschiedenen Sozialberichten beschrieben worden (Berger 1984; Habich 1994; Landua/Habich 1994; Riede 1989; Schott-Winterer 1990). Untersucht wurden „Unterversorgung“ und „Wohlfahrtsdefizite“ in verschiedenen objektiven und subjektiven Problemlagen. Zu ersteren zählen Einkommen, Wohnung, Bildung, Sozialbeziehungen und Gesundheit, zu letzteren Lebenszufriedenheit, Einsamkeit, Niedergeschlagenheit, Ängste und Sorgen. Die Armutproblematik wurde dabei nur am Rande thematisiert und wenn, dann immer in Verbindung mit niedrigem Einkommen. Dabei zeigte sich in der Regel, daß schlechtere

Lebensbedingungen und geringeres Wohlbefinden mit niedrigem Einkommen zuzunehmen, jedoch nicht allein auf diesen Ressourcenmangel zurückgeführt werden können (vgl. vor allem Schott-Winterer 1990).

In der bundesdeutschen Armutsforschung im engeren Sinne ist dieses Vorgehen als sogenannter Lebenslagen-Ansatz bezeichnet worden, wobei allerdings eine theoretisch befriedigende Bestimmung des Begriffs der Lebenslage noch aussteht (Clemens 1994; Glatzer/Hübinger 1990; Hanesch 1993). Faktisch läuft das Vorgehen jedoch darauf hinaus, die konkrete Versorgungslage der Individuen in ausgewählten Lebensbereichen wie etwa Arbeit, Bildung, Wohnen oder Gesundheit anhand von Versorgungsstandards zu messen, die von den Forschern a priori festgelegt werden. So etwa in dem Armutsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) (Hanesch 1996, ausführlich: Hanesch et al. 1994), in dem neben einem niedrigen Einkommen geprüft wird, ob die Person arbeitslos ist, keinen allgemeinen oder beruflichen Abschluß hat, ob weniger als ein Wohnraum pro Haushaltsmitglied zur Verfügung steht oder kein Bad und/oder WC in der Wohnung vorhanden ist.

Natürlich hängt das Ausmaß der Unterversorgung von der Anzahl und der Art der jeweils betrachteten Lebensbereiche und den dort verwendeten Versorgungsstandards ab. Mit den im Armutsbericht des DGB/DPWV verwendeten Indikatoren zeigt sich anhand der Daten des Sozio-ökonomischen Panels, daß die Anzahl der Personen, die in zwei oder mehr der o.g. Bereiche unterversorgt sind, in keinem der Untersuchungsjahre (1990-92) mehr als 10 Prozent beträgt (Hanesch 1996: 187). Auch für die in den Wohlfahrtssurveys der Jahre 1978, 1984, 1988 und 1990 erhobenen objektiven Lebensbedingungen läßt sich nachweisen, daß kaum mehr als 10 Prozent der Bundesbürger von mehr als zwei dieser „Problemlagen“ betroffen sind (Landua/Habich 1994: 13; Schott-Winterer 1990: 74).¹² Überdurchschnittlich häufig sind in dem Bericht des DGB/DPWV Ein-Eltern-Haushalte und Paare mit mehr als einem Kind betroffen. Wie zuvor bei der Analyse von „Problemgruppen“ ist auch hier ein Zusammenhang zwischen Niedrigeinkommen und Unterversorgung festzustellen (Hanesch 1996: 187). Er ist vielleicht etwas ausgeprägter, aber ebenfalls nicht perfekt, so daß man auch auf Basis dieser Analyse davon ausgehen muß, daß Unterversorgung andere als ausschließlich finanzielle Gründe haben muß.

Zusammenfassend muß man also davon ausgehen, daß ca. ein Zehntel aller Bundesbürger gleichzeitig in mehreren zentralen Versorgungsbereichen, die viele Bundesbürger für selbstverständlich halten, unterversorgt ist. Die berichteten Prozentwerte geben jedoch weder Anlaß zu der Feststellung, daß große Teile der bundesdeutschen Bevölkerung (Stichwort: Zwei-Drittel-Gesellschaft) von Unterversorgung betroffen sind, noch läßt sich aus den Daten ein Trend zu einer zunehmenden Ausgrenzung aus verschiedenen Versorgungsbereichen ablesen.

Gegenüber dem Ressourcen-Ansatz, der einseitig auf die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen abstellt, ist der Lebenslagen-Ansatz aufgrund seiner Multidimensionalität und seines direkten Bezugs auf den tatsächlichen Lebensstandard der Individuen attraktiv. Gleichwohl sind drei kritische Einwände notwendig:

1. Die Auswahl der Lebenslagedimensionen und der Versorgungsstandards ist allenfalls „locker“ theoretisch abgeleitet. Innerhalb der empirischen Wohlfahrtsforschung hat sich zwar unter den beteiligten Forschern ein gewisser Standard herausgebildet, der jedoch durch keinerlei wissenschaftliche oder politische Willensbildungsprozesse abgesichert ist.¹³
2. Bei der direkten Betrachtung des Lebensstandards ist eine Berücksichtigung individueller Präferenzen unabdingbar, denn die Individuen entscheiden in Abhängigkeit von ihren Vorlieben, wie sie die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen.¹⁴ Man muß die Individuen, die etwas nicht haben, weil sie es sich nicht leisten können, von den anderen unterscheiden, die etwas nicht haben, weil sie es nicht wollen.
3. Schließlich betont die empirische Wohlfahrtsforschung zwar immer wieder die Bedeutung subjektiver Bewertungen der objektiven Lebensbedingungen, jedoch werden die erhobenen Informationen nur in einen weiteren Index „subjektiver Problemlagen“ zusammengefaßt, nicht aber systematisch mit den objektiven Indikatoren verbunden.

Ähnliche Einwände wurden von Mack und Lansley gegenüber der klassischen Armutsstudie von Townsend (1979) vorgetragen und auf innovative Art und Weise in einer eigenen Umfrage mit dem Titel „Breadline Britain“ (Gordon/Pantazis 1997; Mack/Lansley 1985) umgesetzt. Zentraler Gegenstand ihres Erhebungsinstrumentes war eine Liste von insgesamt 35 Dingen und Aktivitäten, die verschiedene Aspekte des Lebensstandards eines Haushaltes und seiner Mitglieder charakterisieren sollten. In einem ersten Untersuchungsschritt wurden die interviewten Personen danach gefragt, ob sie den jeweiligen Indikator zum notwendigen Lebensstandard zählen. In einem zweiten Untersuchungsschritt mußten sie dann angeben, ob sie den jeweiligen Indikator aus finanziellen oder aus anderen Gründen nicht haben, wenn er in ihrem Haushalt nicht verfügbar war.

Wir haben 1994 mit einem ähnlichen Erhebungsinstrument 685 zufällig ausgesuchte Personen aus jeweils drei strukturgleichen Kommunen in West- und Ostdeutschland schriftlich befragt (Andreß et al. 1996, Andreß/Lipsmeier 1995).¹⁵ Der von uns aus den Einzelindikatoren gebildete Deprivationsindex und das daraus abgeleitete Armutsmaß berücksichtigen verschiedene Informationen: a) die Einschätzung der Notwendigkeit jedes Indikators, b) seine Verfügbarkeit im Haushalt der Befragungsperson und c) die Bewertung des Lebensstandards des Haushalts insgesamt in einer abschließenden Zusammenfassung¹⁶ durch die Befragten. Der Index kontrolliert die Präferenzen der Befragten bezüglich jedes Indikators sowie die Verbreitung jedes Indikators in der Untersuchungspopulation insgesamt. Er hat um so höhere Werte, je mehr Indikatoren im Haushalt des Befragten fehlen, und um so kleinere Werte, je mehr Indikatoren vorhanden sind. In einem zweiten Schritt wurde dann für diesen Index eine Armutsgrenze festgelegt, die (deprivations)arme Personen von den anderen unterscheidet. Wir haben hier kein willkürliches statistisches Kriterium, wie etwa den 50%-Wert bei den Äquivalenzeinkom-

men, sondern ein Außenkriterium verwendet, das auf anderen Angaben beruht, die uns die Befragten über den Lebensstandard ihres Haushalts insgesamt gaben.¹⁷

Aber auch dieser Ansatz ergibt keine dramatisch größeren Zahlen als der Lebenslagen-Ansatz. Aufgrund unserer Berechnungen müssen weniger als 10 Prozent der Stichprobe als deprivationsarm bezeichnet werden (5% Westdeutschland, 8% Ostdeutschland). Der Zusammenhang mit geringem Einkommen ist auch hier eher gering: In Westdeutschland sind 35 Prozent der Einkommensarmen deprivationsarm (Ost: 55%), und umgekehrt 59 Prozent der Deprivationsarmen sind einkommensarm (Ost: 56%). Deprivation hat also viele Gründe, von denen niedriges Einkommen nur einer ist. Gleichwohl kann nicht übersehen werden, daß fünf bis acht Prozent der von uns untersuchten Personen relevante Dinge des Alltags fehlen, die nicht nur wir, sondern auch die von uns befragten Personen mehrheitlich für lebensnotwendig halten. Insofern müssen wir abschließend feststellen, daß zwar nicht viele, aber immerhin eine nicht vernachlässigbare Zahl von Bundesbürgern von einem allgemein akzeptierten Lebensstandard ausgeschlossen ist.

2.4 Alltägliche Lebensführung

Der Nachweis, daß es Personen und Haushalte gibt, die nur über ein geringes Einkommen verfügen bzw. denen bestimmte Güter und Dienstleistungen fehlen, die nach Ansicht von Experten oder der allgemeinen Öffentlichkeit zum Lebensstandard gehören, bleibt allerdings solange unbefriedigend, wie es nicht gelingt nachzuweisen, daß dieser Mangel für die betroffenen Personen auch tatsächlich Folgen in den objektiven Lebensbedingungen und deren subjektiver Wahrnehmung hat. In an Anlehnung an Kronauer könnte man das als einen Aspekt *kultureller Ausgrenzung* betrachten, die für ihn u.a. bedeutet, „von der Möglichkeit abgeschnitten zu sein, den gesellschaftlich anerkannten Verhaltensmustern, Lebenszielen und Werten entsprechend zu leben. Sie bedeutet aber auch, gesellschaftlichen Sanktionen ausgesetzt zu sein, weil es nicht oder bisweilen nur mit illegalen/illegitimen Mitteln gelingt, den kulturellen Anforderungen zu genügen. ... Sanktionen greifen ebenfalls, wenn die anerkannten Ziele und Werte, weil nicht realisierbar, aufgegeben oder durch andere ersetzt werden“ (Kronauer 1997: 40).

Wenn wir im folgenden die Effekte von Armut in der alltäglichen Lebensführung diskutieren, dann erlaubt das zwar keine Aussagen über die Werte und Ziele, es gibt jedoch einen Einblick in die Restriktionen, denen arme Haushalte unterliegen, und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten, einen Lebensstil zu pflegen, den viele in der Bundesrepublik für selbstverständlich halten. Insofern geben die folgenden Zahlen indirekt Auskunft über Prozesse sozialer Ausgrenzung aus der Kultur einer Konsumgesellschaft. Welche anomischen Spannungen sich hieraus jedoch für die Betroffenen ergeben, wird im folgenden mangels Daten nicht thematisiert.

In Tabelle 1 haben wir einige Informationen zusammengefaßt, die wir auf der Basis unserer eigenen Umfrage „Alltag in Deutschland“ (vgl. Anmerkung 15) berechnen konnten. Als Ergänzung berichten wir auch die Daten für die von uns zu-

sätzlich befragten Sozialhilfeempfänger, um die Lebensbedingungen derjenigen zu illustrieren, die vorrangig von staatlicher Hilfe leben.

Tabelle 1a: Armut in Westdeutschland

Untersuchungs- und Vergleichsgruppen	West-Deutschland				
	<60% ^a	>60% ^b	arm ^c	narm ^d	SHE ^e
Lebensstandard des Haushalts					
heute: max. bescheiden	35,1%	9,2%	33,8%	11,5%	77,3%
heute: mind. zufriedenstellend	64,9%	90,8%	66,2%	88,5%	22,7%
nächstes Jahr: schlechter	35,5%	16,1%	22,7%	18,4%	19,3%
nächstes Jahr: gleich	43,3%	66,7%	61,4%	63,2%	45,1%
nächstes Jahr: besser	21,2%	17,2%	15,9%	18,4%	35,6%
Einschränkungen aus finanz. Gründen					
nein	14,4%	34,4%	0,0%	34,0%	5,2%
ja	85,6%	65,6%	100,0%	66,0%	94,8%
davon: bei Urlaub/Freizeit	65,2%	47,9%	65,1%	48,8%	80,7%
davon: bei Kosmetika/Haarpflege	34,6%	13,6%	36,5%	15,7%	39,7%
davon: bei der Bekleidung	63,0%	37,4%	65,1%	38,4%	75,2%
davon: bei Haushaltseinrichtung	71,4%	27,7%	68,6%	31,8%	56,4%
davon: beim Auto	39,9%	34,5%	52,3%	35,0%	49,1%
davon: bei Rauchwaren, Getränken	34,0%	12,1%	53,8%	13,3%	39,7%
davon: bei Nahrungsmitteln	28,6%	7,8%	25,5%	9,4%	42,3%
davon: bei Gesundheitsvorsorge	12,8%	5,0%	13,4%	5,7%	24,9%
Erfahrungen mit Alltagsproblemen					
Restaurant	78,9%	31,4%	73,9%	36,2%	57,5%
Supermarkt	60,9%	62,0%	59,4%	61,3%	59,4%
Anschaffung	43,5%	35,3%	49,7%	36,3%	60,4%
Behörde	75,4%	38,7%	71,8%	42,2%	92,4%
Jobverlust	39,9%	22,9%	31,0%	25,1%	45,7%
Kosten der Wohnung					
unter 10% des HH-Einkommens	0%	6,4%	16,8%	5,1%	0,6%
10-20%	7,5%	23,9%	4,3%	23,4%	3,6%
20-30%	18,8%	38,4%	18,5%	36,1%	12,5%
30-40%	10,4%	18,0%	4,4%	17,8%	19,1%
40% und mehr	63,3%	13,3%	56,0%	17,6%	64,2%
Stichprobenumfang	35	231	21	240	120

Tabelle 1b: Armut in Ostdeutschland

Untersuchungs- und Vergleichsgruppen	Ost-Deutschland				
	<60% ^a	>60% ^b	arm ^c	narm ^d	SHE ^e
Lebensstandard des Haushalts					
heute: max. bescheiden	44,4%	16,3%	75,0%	14,4%	60,5%
heute: mind. zufriedenstellend	55,6%	83,7%	25,0%	85,6%	39,5%
nächstes Jahr: schlechter	27,8%	20,1%	41,7%	18,9%	20,2%
nächstes Jahr: gleich	47,8%	58,2%	52,0%	56,6%	43,3%
nächstes Jahr: besser	24,4%	21,7%	6,3%	24,5%	36,5%
Einschränkungen aus finanz. Gründen					
nein	3,4%	22,6%	2,1%	21,3%	7,2%
ja	96,6%	77,4%	97,9%	78,7%	92,8%
davon: bei Urlaub/Freizeit	68,5%	54,3%	83,3%	54,6%	73,3%
davon: bei Kosmetika/Haarpflege	40,2%	26,5%	54,2%	26,3%	51,0%
davon: bei der Bekleidung	67,4%	42,8%	79,2%	44,0%	69,9%
davon: bei Haushaltseinrichtung	42,4%	34,5%	54,2%	33,6%	62,2%
davon: beim Auto	40,2%	38,7%	60,4%	36,0%	42,6%
davon: bei Rauchwaren, Getränken	31,5%	16,9%	41,7%	16,5%	40,1%
davon: bei Nahrungsmitteln	18,5%	7,0%	27,1%	7,1%	26,7%
davon: bei Gesundheitsvorsorge	10,9%	5,8%	18,8%	4,7%	15,9%
Erfahrungen mit Alltagsproblemen					
Restaurant	35,9%	27,2%	54,2%	25,4%	54,3%
Supermarkt	70,7%	55,9%	66,7%	58,4%	62,8%
Anschaffung	50,0%	23,0%	60,4%	24,2%	65,9%
Behörde	70,7%	42,2%	83,3%	43,4%	93,5%
Jobverlust	66,3%	45,1%	79,2%	45,4%	74,9%
Kosten der Wohnung					
unter 10% des HH-Einkommens	1,1%	5,3%	2,1%	4,8%	2,3%
10-20%	13,5%	42,6%	6,3%	41,0%	12,7%
20-30%	39,3%	31,4%	22,9%	34,9%	26,4%
30-40%	16,9%	12,2%	27,1%	10,8%	22,6%
40% und mehr	29,2%	8,6%	41,7%	8,4%	36,0%
Stichprobenumfang	92	313	48	339	196

a) *Untersuchungsgruppen*: Äquivalenzeinkommen kleiner als 60% des Durchschnitts

b) *Vergleichsgruppen*: Äquivalenzeinkommen größer als 60% des Durchschnitts

c) *Untersuchungsgruppen*: arm (deprivationsbasierte Armut).

d) *Vergleichsgruppen*: nicht arm (deprivationsbasierte Armut).

e) *Untersuchungsgruppen*: Sozialhilfe-Empfänger

Quelle: Umfrage „Alltag in Deutschland“ 1994 (Andreß u.a., 1996).

Nicht unerwartet beurteilen Sozialhilfeempfänger, Einkommensschwache und Deprivationsarme ihren aktuellen Lebensstandard eher schlechter als die beiden Vergleichsgruppen der Bessergestellten und der Nicht-Deprivationsarmen: 35,1 Prozent der Einkommensschwachen im Westen und 44,4 Prozent der Einkommensschwachen im Osten bezeichnen ihren Lebensstandard als unzureichend, schlecht oder bescheiden. Ähnliche Anteilswerte ergeben sich für die Deprivationsarmen im Westen (33,8%). Noch negativer sind die Beurteilungen bei den Deprivationsarmen im Osten (75%) sowie bei den Sozialhilfeempfängern in Ost (60,5%) und West (77,3%). Demgegenüber treten bei den Bessergestellten und den nicht-deprivationsarmen Haushalten solche negativen Beurteilungen maximal mit 16,3 Prozent auf. Die überwiegende Mehrheit beider Vergleichsgruppen (mindestens vier Fünftel) bezeichnet ihre augenblickliche Lage als zufriedenstellend oder ausgezeichnet.

Betrachtet man die Zukunftserwartungen, dann überwiegen bei den Sozialhilfeempfängern optimistische gegenüber pessimistischen Zukunftseinschätzungen (West: 35,6% versus 19,3%, Ost: 36,5% versus 20,2%), während einkommensschwache und deprivationsarme Haushalte eher Verschlechterungen als Verbesserungen erwarten. Ganz besonders kraß ist das Mißverhältnis hier bei den ostdeutschen Deprivationsarmen, von denen 41,7 Prozent erwarten, daß es ihnen in einem Jahr schlechter geht, während nur 6,3 Prozent einen besseren Lebensstandard erwarten. Gründe für das abweichende Resultat bei den Sozialhilfeempfängern können wir nicht nennen. Ob es sich hier um Zweckoptimismus handelt oder ob andere Gründe eine Rolle spielen, wäre in weiteren Untersuchungen zu klären.

Ein weiterer Indikator für die Folgewirkungen von Armut sind Einschränkungen im Konsumverhalten. Dabei stellt man zunächst fest, daß die große Mehrzahl aller Befragten angibt, sich einschränken zu müssen (vgl. Tabelle 1). Die Antworten spiegeln daher die generelle Tendenz in der Bevölkerung wieder, daß man sich nicht alles leisten kann, was man sich wünscht, insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß sich unsere drei Untersuchungsgruppen in allen abgefragten Bereichen deutlich mehr einschränken müssen als der Rest der Bevölkerung. Selbst bei Nahrungsmitteln (!) müssen sich mindestens ein Viertel der Sozialhilfeempfänger (West: 42,3%, Ost: 26,7%) und mindestens ein Fünftel bis ein Viertel der einkommensschwachen (West: 28,6%, Ost: 18,5%) bzw. deprivationsarmen Haushalte (West: 25,5%, Ost: 27,1%) zurückhalten. Dabei scheint es so zu sein, daß es in Ostdeutschland in den meisten Fällen die deprivationsarmen Haushalte sind, die sich am meisten einschränken müssen, während diese Rolle in Westdeutschland eher den Sozialhilfeempfängern zukommt. Eindeutig zeigt sich jedoch, daß sich die einkommensschwachen Haushalte von den drei Untersuchungsgruppen am wenigsten einschränken müssen, was ein Hinweis darauf sein kann, daß der Armutsindikator Einkommen möglicherweise nur ein unzureichendes Armutsmaß ist, was aber auch an der „großzügigen“ 60%-Armuts-grenze liegen kann, die gewählt werden mußte, um angesichts des Stichprobenumfangs noch hinreichend viele Haushalte im unteren Einkommensbereich beobachten zu können.

Es ist weiterhin zu vermuten, daß Probleme, bei denen finanzielle Aspekte eine Rolle spielen, in Haushalten mit geringem Einkommen oder hohem Deprivationsniveau vermehrt auftreten. Wir haben das Bewältigungsverhalten anhand von fünf Alltagssituationen erfaßt, in denen finanzielle Belastungen, aber auch daraus sich ergebende soziale Folgeprobleme auftreten. Den Befragten wurden dazu folgende fünf Situationen vorgelegt:

1. Restaurant: „Freunde von Ihnen wollen ein gutes Restaurant besuchen und möchten, daß Sie mitkommen. Eigentlich wollen Sie nicht, weil Sie sich dieses Essen finanziell nicht erlauben können. Sie schwanken, wie sie sich verhalten sollen.“
2. Supermarkt: „Im Supermarkt sieht ihr Kind Süßigkeiten oder Spielzeug, das es unbedingt haben möchte. Eigentlich möchten Sie diese Gegenstände aber nicht kaufen. Das Kind quengelt.“
3. Anschaffung: „In Ihrem Haushalt steht eine größere Anschaffung an, etwa weil Ihre Waschmaschine kaputtgegangen ist und nicht repariert werden kann. Sie haben aber keine ausreichenden Rücklagen und müssen sich möglicherweise verschulden.“
4. Behörde: „Sie begeben sich zu einer Behörde, um eine staatliche Sozialleistung zu beantragen (z.B. Arbeitsamt, Sozialamt, Wohnungsamt).“
5. Jobverlust: „Im Zuge allgemeiner Sparmaßnahmen werden viele Stellen gestrichen, und auch Ihnen droht Arbeitslosigkeit.“

Im weiteren Verlauf der Befragung haben wir sie dann gefragt, ob sie eine solche Situation schon einmal erlebt haben und wie sie damit umgehen würden. An dieser Stelle interessiert uns nur die Frage, ob der oder die Befragte die jeweilige Situation schon einmal persönlich erlebt hat.

Relativ eindeutig sind die Ergebnisse für die Situationen 3-5: Sozialhilfeempfänger, einkommensschwache wie deprivationsarme Personen haben häufiger Finanzprobleme mit einer größeren Anschaffung gehabt, haben häufiger Sozialleistungen beantragt und waren häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht. So haben z.B. weit über 90 Prozent der Sozialhilfeempfänger in Ost und West einen Behörden-gang hinter sich. Aber auch mehr als zwei Drittel der Einkommensschwachen (West: 75,4%, Ost: 70,7%) und der Deprivationsarmen (71,8% bzw. 83,3%) haben Erfahrungen mit einer Behörde. Dies gilt nur für eine Minderheit der Bessergestellten (38,7% bzw. 42,2%) und der nicht-deprivationsarmen Haushalte (42,2% bzw. 43,4%). Ähnliche Differenzen ergeben sich für größere Anschaffungen und die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit.

Nicht ganz so eindeutig, aber in die gleiche Richtung weisen die Ergebnisse für den Restaurantbesuch und die Supermarktszene. Bei der Supermarktszene handelt es sich offensichtlich um ein alltägliches Erlebnis, von dem in allen fünf Gruppen die Mehrheit der Befragten berichtet. In Westdeutschland lassen sich daher keine Unterschiede zwischen den Untersuchungsgruppen und den beiden Vergleichsgruppen feststellen. Allenfalls in Ostdeutschland zeigen sich die erwarteten höhe-

ren Anteilswerte für Sozialhilfeempfänger (62,8%), einkommensschwache (70,7%) und privationsarme Haushalte (66,7%) gegenüber den bessergestellten (55,9%) und nicht-privationsarmen Haushalten (58,4%). Auch bei dem „teuren“ Restaurantbesuch sind einige Besonderheiten zu notieren: Er spielt in Ostdeutschland eher eine untergeordnete Rolle, und dementsprechend berichten nur die Sozialhilfeempfänger (54,3%) und die privationsarmen Haushalte (54,2%) mehrheitlich von einem solchen Erlebnis. Anders dagegen in Westdeutschland: Der Restaurantbesuch, den man sich nicht leisten kann, ist das am häufigsten berichtete Erlebnis bei einkommensschwachen (78,9%) und privationsarmen Haushalten (73,9%). Nur etwa ein Drittel der bessergestellten (31,4%) und der nicht-privationsarmen Haushalte (36,2%) hatte dieses Problem. Sozialhilfeempfänger liegen mit 57,5 Prozent etwa in der Mitte zwischen diesen Gruppen, was ein Indikator dafür sein kann, daß ähnlich wie für Ostdeutsche der Besuch eines (teuren) Restaurants für westdeutsche Sozialhilfeempfänger gar kein Thema ist.

Schließlich ist aus Tabelle 1 erkennbar, daß die Kostenbelastung durch die Wohnung bei Sozialhilfeempfängern, im unteren Einkommensbereich und bei privationsarmen Haushalten sehr viel höher ist als in den beiden Vergleichsgruppen. In Westdeutschland beanspruchen die Wohnungskosten in allen drei Untersuchungsgruppen mehrheitlich (SHE: 64,2%, <60%: 63,3%, arm: 56%) über 40 Prozent des Haushaltsbudgets. Dies ist nur bei 13,3 Prozent der bessergestellten und bei 17,6 Prozent der nicht-privationsarmen Haushalte der Fall. In Ostdeutschland ist die Kostenbelastung noch nicht so extrem, obwohl auch dort die Anteilsklasse „40 Prozent und mehr“ für die Sozialhilfeempfänger mit 36 Prozent und die privationsarmen Haushalte mit 41,7 Prozent am stärksten besetzt ist. In der Mehrzahl der Fälle liegt die Kostenbelastung jedoch unter 40 Prozent (SHE: 64%, <60%: 70,8%, arm: 58,3%). Verglichen mit den bessergestellten und den nicht-privationsarmen Haushalten, bei denen die Anteilsklasse „10-20%“ am stärksten besetzt ist, sind die Kostenbelastungen aber noch erheblich.

Auch wenn es sich hierbei nur um ein paar grobe Indikatoren handelt, machen sie doch zweierlei deutlich: Erstens weisen sie darauf hin, daß trotz der Bedenken im Detail die beiden Typen von Armutsindikatoren in der Tat sozial folgenreiche Lebenslagen erfassen. Zweitens geben sie einen Eindruck davon, welche Schwierigkeiten arme Haushalte haben, den Zielen und Werten einer Konsumgesellschaft zu folgen. Ob dieses auch zu einem Gefühl der kulturellen Ausgrenzung bei den Betroffenen führt, gar zur Ausformung einer eigenen „Kultur der Armut“, kann mit Umfragedaten nur schwer beantwortet werden. Wir wenden uns daher der dritten Dimension sozialer Ausgrenzung zu: den Sozialbeziehungen und den sozialen Netzwerken der von Armut betroffenen Personen.

2.5 Soziale Netzwerke

Ausgrenzung durch *gesellschaftliche Isolation* bezieht sich, laut Kronauer, „sowohl auf die Reichweite als auch die Qualität sozialer Beziehungen, somit wesentlich auf soziale Identität. Gesellschaftliche Isolation kann in zwei Richtungen gehen,

mit unterschiedlichen Konsequenzen: in Richtung einer weitgehenden Reduzierung der Sozialkontakte überhaupt (Vereinzelung) oder in Richtung einer Konzentration der Kontakte auf einen engen Kreis von Seinesgleichen (Gruppen- und Milieubildung). Im ersten Fall fördert sie Dissoziation und Identifikationsblockierung, im zweiten Assoziation und subkulturelle Identifikation“ (Kronauer 1997: 41). Für Wilsons Konzept einer „Underclass“ ist diese Dimension sozialer Ausgrenzung von zentraler Bedeutung, weil die Einflüsse des „sozialen Milieus“ der Betroffenen einer der wesentlichen Faktoren sind, so Wilsons These, die die marginale Position der „Underclass“ verstärken und dauerhaft stabilisieren.

Soziale Netzwerke und ihre Leistungen sind mehrfach Gegenstand der Umfrageforschung gewesen, und die dort erhobenen Daten können unter Armutsgesichtspunkten ausgewertet werden. Die Schwierigkeit solcher Analysen besteht jedoch darin, daß ein soziales Netzwerk durch eine Vielzahl von Aspekten gekennzeichnet (z.B. Anzahl, Reichweite und Qualität der Sozialkontakte und Unterstützungsleistungen) und daher nicht ganz klar ist, was konkret die abhängige Variable sein soll. Darüber hinaus variieren die Gestalt und die Funktionen sozialer Netzwerke neben dem Armutsstatus mit einer Fülle anderer sozio-demographischer Merkmale, die wiederum selbst mit Armut korrelieren. Dies macht es schwierig, Unterschiede in den Netzwerkeigenschaften kausal dem Armutsstatus zuzurechnen. Der quantitative und räumliche Umfang des sozialen Netzwerks einer Person sinkt z.B. aus leicht einsehbaren Gründen mit dem Alter. Gleichzeitig steigt aber auch das Risiko der Einkommensarmut mit zunehmenden Alter. Ohne Kontrolle des Alterseffektes wird eine Korrelation der Netzwerkgröße mit dem Einkommen daher scheinbar den Effekt zeigen, daß kleinere Netzwerke das Ergebnis geringen Einkommens sind.

Unter Verwendung von Daten der allgemeinen Bevölkerungsumfrage, des Sozio-ökonomischen Panels und unserer eigenen Umfrage „Alltag in Deutschland“ aus den Jahren 1986, 1991 und 1994 haben wir vier verschiedene Aspekte sozialer Netzwerke von Ost- und Westdeutschen untersucht: die Anzahl der Personen, mit denen Kontakt gepflegt wird, die durchschnittliche Entfernung dieser Kontaktpersonen sowie die erwarteten und empfangenen Unterstützungsleistungen aus diesem Netzwerk (Andreß et al. 1995, 1996: 161ff.). Wir haben untersucht, wie diese vier Variablen mit Einkommens- und Deprivationsarmut zusammenhängen, wobei wir den Einfluß verschiedener sozio-demographischer Faktoren kontrolliert haben: Haushaltstyp und -größe, Alter der Untersuchungsperson, Leben in einer Partnerschaft und/oder mit Kindern, Erwerbsstatus und Bezug von Sozialhilfe. Es ist sehr schwer, alle Argumente und Ergebnisse unserer Analysen in ein paar Sätzen zusammenzufassen. Ein allgemeiner Eindruck aus allen diesen Analysen ist jedoch, daß alle Unterschiede, die sich zwischen armen und nicht-armen Personen messen lassen, nicht so gravierend sind, daß man sicher von sozialer Isolation oder von mangelnder sozialer Unterstützung der Armen sprechen könnte. Im Gegenteil: Verglichen mit den Unterschieden nach Alter, Haushaltstyp oder anderen Charakteristika sind die Unterschiede nach Einkommen und Deprivationsstatus eher gering.

Nur in bestimmten Bereichen konnten wir eindeutige Effekte nachweisen: Sie betrafen entweder die untersuchten westdeutschen Stichproben oder die befragten Sozialhilfeempfänger in Ost und West. Die Netzwerke der Ostdeutschen insgesamt scheinen also in den von uns untersuchten Jahren noch eine andere Qualität zu haben. Für einkommensschwache Haushalte (60%-Armutsgrenze) in Westdeutschland konnten wir für das Jahr 1991 feststellen, daß Verwandte, mit denen Kontakt gepflegt wird, eher in der näheren Umgebung leben, daß weniger Kontakte mit Freunden und Bekannten berichtet werden und daß mehr Personen angeben, daß sie keinen Freund oder Bekannten haben. Dementsprechend erwarten sie aus diesem Kreis auch weniger Hilfe, und das gilt im besonderen Maße für finanzielle Hilfen. Betrachtet man das Jahr 1994 und die tatsächlich empfangenen Hilfen, dann berichten einkommensschwache und deprivationsarme Personen sowie Sozialhilfeempfänger zwar über gleich viele Hilfen wie andere Personen, sie sind mit diesem Angebot jedoch deutlich unzufriedener, und zwar vor allem in Ostdeutschland. Das mag ein Resultat ihres größeren Bedarfs an sozialer Unterstützung sein.

Diese Beobachtungen auf der Basis von Umfrageergebnissen weichen ganz erheblich von den Erkenntnissen aus Fallstudien ab, in denen relativ einheitlich für Personen und Haushalte, die von Arbeitslosigkeit oder Armut betroffen sind, berichtet wird, daß Kontakte außerhalb des Haushalts bzw. der Familie eingeschränkt werden und ein Rückzug auf innerfamiliäre Kontakte stattfindet (für einen Überblick siehe Andreß/Lipsmeier/Salentin 1995). Dieses abweichende Resultat mag ein Ergebnis der selektiven Stichprobenauswahl solcher Fallstudien sein. Man könnte auch vermuten, daß nicht der Armutsstatus allein, sondern eine Kombination anderer sozialer Probleme (z.B. die Angst vor Ansehensverlust bei Arbeitslosigkeit bzw. Sozialhilfeabhängigkeit) dazu führt, daß sich Personen aus existierenden Sozialbeziehungen zurückziehen. Auf der anderen Seite wird gegenüber Repräsentativumfragen häufig vermutet, daß sie die „tatsächlich“ armen Personen gar nicht erfassen. Aufgrund der verwendeten Auswahlverfahren würden die sozial isolierten Personen, sozusagen per Definition, nicht erfaßt, und wenn doch, dann wäre die Wahrscheinlichkeit der Interviewverweigerung besonders hoch. Hier bedarf es auf jeden Fall weiterer Forschungen. Zur Einschätzung unserer eigenen Befunde sollte jedoch abschließend erwähnt werden, daß wir nur ein paar wenige quantitative Indikatoren testen konnten und diese daher nur einen oberflächlichen Eindruck der Qualität der Sozialbeziehungen der untersuchten Personen vermitteln. Es wäre also vermessen, diese Indikatoren zur vollständigen Charakterisierung des sozialen Milieus, gar der sozialen Identität der Betroffenen zu verwenden. Gleichwohl ist es erstaunlich, daß sich die häufig vermutete soziale Isolation armer Person in dieser Deutlichkeit in repräsentativen Umfragedaten nicht wiederfinden läßt.

2.6 Räumliche Segregation

Die räumliche Verteilung der Wohnorte und Sozialkontakte ist zugleich Voraussetzung und Charakteristikum der Sozialbeziehungen der Individuen. Sie ist traditionell ein getrennter Untersuchungsgegenstand gewesen und stellt in Kronauers Ana-

lyse sozialer Ausgrenzung eine eigenständige vierte Dimension dar. *Räumliche Ausgrenzung* ist auch eine zentrale Komponente in Wilsons Definition der „Underclass“. Sie ist das eigentlich neue dieser sozialen Kategorie, denn eine marginale ökonomische Position kennzeichnet auch die Lage vieler anderer Gruppen der US-amerikanischen Gesellschaft (z.B. der „Working Poor“). Sie ist auch das Spezifikum der Armutsgghettos US-amerikanischer Großstädte, die gekennzeichnet sind durch einen hohen Anteil nicht-weißer Bewohner, das Fehlen ausreichender Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb des Ghettos bei gleichzeitig geringen Außenkontakten der Ghattobewohner und einer dementsprechend hohen Armutskonzentration. In diesem von der Mehrheitsgesellschaft abgekoppelten sozialen Raum entwickelt sich, so Wilsons These, ein spezifisches soziales Milieu, das für die Betroffenen zur Armutsfalle wird. Von daher sind Informationen über Prozesse räumlicher Ausgrenzung sicherlich ein ganz wichtiger Baustein bei der Beantwortung der Frage, ob auch in der Bundesrepublik eine neue „Underclass“ entsteht. Wie wir aber gleich sehen werden, ist die Datengrundlage (Umfragen), auf die wir uns hier beschränken, nicht besonders geeignet, um die notwendigen kleinräumigen Informationen bereitzustellen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die räumliche Verteilung von reichen und armen Personen nicht gleichförmig ist. Jede Stadt hat ihre besseren und schlechteren Viertel, und innerhalb Deutschlands gibt es wirtschaftsstarke und -schwache Regionen. Diese sozialräumlichen Unterschiede wurden für verschiedene Städte unter Rückgriff auf unterschiedliche Datenquellen nachgewiesen: z.B. die Lohn- und Einkommenssteuerstatistik, die Sozialhilfeempfängerdichte, die Arbeitslosenstatistik und andere sozio-ökonomische Indikatoren.¹⁸ Ähnliche Ungleichheiten lassen sich auf der Ebene der Kreise oder der Regionen (z.B. zwischen dem Norden und dem Süden oder dem Osten und dem Westen) zeigen.¹⁹ Ein spezielles Problem ist die Frage, ob diese Disparitäten zu- oder abnehmen. Insbesondere als Folge einer zunehmenden Globalisierung wird unterstellt, daß es erstens zu einer Verdrängung von niedrigen Einkommensgruppen aus innenstadtnahen Wohngebieten (gentrification) kommt, daß zweitens die soziale und ethnische Segregation zunimmt und daß es 3. eine ansteigende Anzahl von Armutsvierteln geben wird (Friedrichs 1998: 10). Laut Friedrichs zeigen „die empirischen Befunde der deutschen und internationalen Studien ..., daß diese Prozesse in der Tat nicht nur in New York und London, sondern auch in zahlreichen anderen Großstädten eingetreten sind“ (Friedrichs 1998: 10, unter Verweis auf Mollenkopf/Castels 1992 bzw. O’Loughlin/Friedrichs 1996).

Bevölkerungsweite Repräsentativumfragen spielen bei diesen Analysen in der Regel keine Rolle, weil sie erstens aus Datenschutzgründen keine kleinräumigen Informationen über den Wohnsitz der Befragten enthalten und, selbst wenn sie dies täten, zweitens nicht genügend Fälle enthalten, um gesicherte statistische Aussagen über die kleinräumigen Einheiten machen zu können. Alle einschlägigen Analysen über die sozialräumliche Armutverteilung beruhen daher auf aggregierten Daten (meistens) der amtlichen Statistik. Die Analyseeinheiten sind Stadtteile, Ortsteile,

Blöcke oder statistische Gebiete. Das hat umgekehrt allerdings zur Folge, daß Erklärungen individuellen Verhaltens auf der Basis dieser Aggregatdaten vereinfachender Annahmen bedürfen und immer die Gefahr des ökologischen Fehlschlusses besteht (Diekmann 1995: 116ff.). Um zu wissen, ob sich arme Personen in zunehmendem Maße vom Rest der Bevölkerung absondern und dauerhaft innerhalb segregierter Wohngebiete verbleiben, sind eigentlich differenziertere Daten notwendig. Selbst wenn es Armutsghettos gibt, bedeutet das ja noch nicht notwendigerweise, daß diese Wohngebiete dauerhaft durch die gleichen Personen bewohnt werden. Methodisch handelt es sich dabei um das gleiche Problem, das in Längsschnittanalysen der Einkommensarmut diskutiert wird: Verbleiben dieselben Personen, die wir zum Zeitpunkt t in einer bestimmten Einkommensposition oder eben an einem bestimmten Wohnort beobachten, zu einem späteren Zeitpunkt $t+1$ in der gleichen Einkommensposition bzw. am selben Wohnort? Um diese Frage zu beantworten, benötigt man Längsschnittinformationen über den Wohnort auf der Individualebene - Daten, die aus Datenschutzgründen kaum verfügbar sein werden.

Eher qualitativ orientierte Feldstudien vermitteln allerdings häufig den Eindruck einer vom Rest der Bevölkerung segregierten Population. Dies scheint aber eher ein Ergebnis des spezifischen Feldzugangs zu sein, den diese Studien wählen. Per Definition müssen solche Feldstudien bestimmte Punkte, Plätze, Straßen oder Wohngebiete auswählen, wo man erwartet, die gesuchten Untersuchungspersonen in hinreichender Anzahl anzutreffen. Die meisten qualitativ orientierten deutschen Armutsstudien beginnen daher nicht ganz unüberraschend in einem bestimmten Wohnquartier oder Wohngebäude innerhalb einer Stadt: z.B. Duisburg-Bruckhausen (Tobias/Boettner 1992), ein sozialer Brennpunkt einer nordrhein-westfälischen Stadt (Bödeker 1992), Wiesbaden-Mühlthal (Preußer 1989), eine Straße einer süddeutschen Stadt (Hess/Mechler 1973), eine Obdachlosensiedlung in Köln (Adams 1971). Sie beschreiben die Individuen und ihr Verhalten in dem jeweiligen Kontext, und es sieht so aus, als würden die Untersuchungspersonen dauerhaft an diesem Ort verbleiben, während der Rest der „Welt“ außen vor bleibt. Um diese Frage aber eindeutig beantworten zu können, müßte man Informationen über die Zu- und Fortzüge in und aus dem beschriebenen Untersuchungsfeld haben (für Hinweise auf entsprechende Studien vgl. Friedrichs 1997: 90).

Wilsons These der sozialen Isolation meint jedoch mehr als eingeschränkte räumliche Mobilität und Segregation von der Mehrheitsgesellschaft. Er geht davon aus, daß das besondere soziale Milieu der Armutsviertel zur Herausbildung „kontraproduktiver“ Verhaltensweisen und Einstellungen bei den Bewohnern führt, die die Wahrscheinlichkeit des Verbleibs in Armut erhöhen. Eine gründliche Analyse der von Wilson unterstellten selbstverstärkenden Effekte der Nachbarschaft auf das Armutsrisiko der Individuen findet sich bei Friedrichs (1998) auf der Basis vor allem US-amerikanischer und westeuropäischer Befunde. Er macht zunächst darauf aufmerksam, daß es sehr schwierig ist, den Begriff „Nachbarschaft“ empirisch zu operationalisieren. Er weist darauf hin, daß die Aktionsräume und sozialen Netzwerke der Individuen nicht notwendigerweise mit der wie auch immer definierten

Nachbarschaft oder Wohnumgebung zusammenfallen. Seine Lektüre der empirischen Befunde zu (Wohn-)Kontexteffekten auf unterschiedliche individuelle Verhaltensmerkmale (z.B. Schulabbruch) zeigt dann, daß der Wohnkontext im allgemeinen nur geringe, individuelle (Alter, Geschlecht usw.) und institutionelle Merkmale (z.B. ethnische Zusammensetzung der Schüler) dagegen sehr viel größere Einflüsse haben. Seine Schlußfolgerungen in bezug auf Armutsviertel sind dagegen eindeutig, wenn auch tentativ aufgrund der hohen Selektivität der untersuchten Studien: „Poor neighborhoods do indeed aggravate the poverty of their residents“ (Friedrichs 1998: 93). Die Hinweise auf abweichendes Verhalten, veränderte Sozialkontakte usw. in Armutsvierteln sind zahlreich (Friedrichs 1998: 90ff.). Eine notwendige Voraussetzung ist allerdings, daß sich die Netzwerke und Aktionsräume der Individuen tatsächlich auf die unmittelbare Wohnumgebung des Armutsviertels beschränken.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß vielleicht die deutlichsten Hinweise auf Prozesse sozialer Ausgrenzung aus der soziologischen Stadtforschung kommen. Inwieweit die dort berichteten Ergebnisse, die sich häufig auf spezifische Viertel innerhalb von Städten beschränken, verallgemeinert werden können, bedarf weiterer Untersuchungen, die vor allem durch bessere Datenquellen auf Individual-ebene gestützt werden müssen.

2.7 *Armutsdauer*

Wenn Wilson von den selbstverstärkenden Effekten des sozialen Milieus und der Nachbarschaft spricht, dann ist damit implizit die These verbunden, daß die Zugehörigkeit zur „Underclass“ dauerhaft ist. Abschließend wollen wir daher die Umfrageergebnisse zusammenfassen, die Hinweise auf die Stabilität und Dauer individueller Armut geben. Dazu sind notwendigerweise Längsschnittdaten notwendig, die in der Bundesrepublik nur für einkommensbasierte Armutsindikatoren (Sozioökonomisches Panel) oder für die Dauer des Sozialhilfebezugs²⁰ vorliegen. Für deprivationsbasierte Armutsmaße fehlen in der Bundesrepublik entsprechende Paneldaten.

Längsschnittanalysen der Einkommensarmut zeigen üblicherweise, daß über einen längeren Zeitraum gerechnet mehr Personen von Einkommensarmut betroffen sind, als man aufgrund von Querschnittsanalysen erwartet. Auf der anderen Seite zeigen diese Analysen aber auch, daß der Anteil der dauerhaft einkommensarmen Personen und Haushalte sehr gering ist. Nach den Schätzungen von Habich und Krause (1997: 521) für zwei sechsjährige Perioden vor und nach der Wiedervereinigung (1984-89, 1990-95) beträgt der Anteil der westdeutschen Bevölkerung, der fünf und mehr Jahre dauerhaft unterhalb der 50%-Armutsgrenze liegt, weniger als ein Zwanzigstel. Auf der anderen Seite hat ca. ein Viertel mindestens einmal innerhalb der untersuchten sechs Jahre Erfahrungen mit Einkommensarmut gehabt.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei Aktenanalysen von Sozialhilfeempfängern. In der Bremer Längsschnitt-Stichprobe von Sozialhilfeakten, in der zwei Zugangskohorten (1983, 1989) von Sozialhilfeempfängern im Längsschnitt betrachtet wer-

den, bezieht die große Mehrheit der Empfänger (1983: 47%, 1989: 50%) unter einem Jahr Sozialhilfe, und nur eine Minderheit (1983: 19%, 1989: 16%) ist länger als 5 Jahre von Sozialhilfe abhängig (Zwick 1997: 67). Entgegen den Erwartungen aufgrund der Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Sozialhilfedauer in den neunziger Jahren (verglichen mit den Achtzigern) im Durchschnitt nicht zugenommen (Buhr/Weber 1998: 320f.), wobei allerdings anzumerken ist, daß der leichte Rückgang auf den in Anmerkung 9 beschriebenen Strukturwandel der Sozialhilfe zurückzuführen ist. Der Anteil der Aus- und Übersiedler sowie der Flüchtlinge hat auch in der 1989er Kohorte der Bremer Längsschnitt-Stichprobe ganz erheblich zugenommen, und deren Sozialhilfedauer ist im Durchschnitt erheblich kürzer als die der ansässigen (deutschen und ausländischen) Bevölkerung (Buhr/Weber 1998: 321f.). Ähnliche Ergebnisse zeigen sich mit den Daten der Bielefelder Datenbank „Sozialhilfestatistik“ (Andreß 1994): Auch hier können für den Zeitraum 1977 bis 1990 im Zeitablauf sinkende Bezugsdauern festgestellt werden, obwohl sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (abgesehen vom Ende der achtziger Jahre) im Untersuchungszeitraum beständig verschlechtert haben.

Die Statistiken über die Dauer von Einkommensarmut und Sozialhilfeabhängigkeit, die man mit Hilfe der Daten des Sozio-ökonomischen Panels und der Sozialhilfeakten gewinnt, entsprechen weitgehend dem Bild, das die Arbeitslosenstatistik über die Dauer von Arbeitslosigkeit vermittelt: Eine hohe Umschlagsrate kurzfristig armer (sozialhilfebedürftiger) Personen und ein stabiles, relativ gesehen nicht sehr großes Segment dauerhaft Armer (Sozialhilfebedürftiger). Die Umschlagsrate der kurzfristig Betroffenen variiert üblicherweise mit dem Wirtschaftszyklus. Aber wie bei der Arbeitslosigkeit muß man auch hier sehr genau danach schauen, in welche Positionen die Personen zurückkehren, wenn sie die Sozialhilfe oder ihre niedrige Einkommensposition verlassen. Nach den Daten der Bremer Längsschnitt-Stichprobe kann das Risiko wiederholten Sozialhilfebezugs nicht vernachlässigt werden: Fast ein Viertel aller untersuchten Fälle der 1983er Kohorte hat mindestens zwei Bezugszeiten von Sozialhilfe innerhalb des Untersuchungszeitraums aufzuweisen (Buhr 1995). Selbst wenn jede Bezugszeit für sich genommen sehr kurz ist, kann die Gesamtdauer jedoch eine signifikante Zeitstrecke ergeben. Das Gleiche gilt im übrigen für die Dauer der Einkommensarmut. Kurzfristige Erfahrungen mit geringen Einkommen erhöhen das Risiko erneuter und langfristiger Einkommensarmut. Personen schließlich, die mehr als vier Jahre einkommensarm waren, werden im Durchschnitt nicht in eine Einkommensposition zurückkehren, die wesentlich mehr als 60 Prozent des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens beträgt (Krause 1994: 8; vgl. auch Hübinger 1996).

Natürlich muß man auch fragen, wieviele der beobachteten Veränderungen der Einkommensposition tatsächliche Änderungen widerspiegeln und wieviele auf Meßfehler zurückzuführen sind. Einkommensdaten werden zwar üblicherweise als „harte“ Informationen bezeichnet, jedoch ist es eine bekannte Tatsache, daß es sehr schwierig ist, Einkommensangaben zuverlässig zu erheben, insbesondere dann,

wenn es sich nicht um persönliche, sondern um Haushaltseinkommen handelt. In einer Fallstudie mit einer Stichprobe von einkommensschwachen Haushalten des Sozio-ökonomischen Panels (Andreß et al. 1996: 225ff.) zeigten sich in mehreren Haushalten nicht unerhebliche Abweichungen zwischen dem Haushaltseinkommen, das durch den Haushaltsvorstand summarisch berichtet wurde, und der Summe der Einkommensquellen, die von jedem Haushaltsmitglied berichtet wurden. Wir konnten auch dann Veränderungen der Einkommensposition beobachten, wenn sich weder die demographische Zusammensetzung des Haushaltes noch der Erwerbsstatus seiner Mitglieder veränderte. Statistische Modelle, die diese Meßfehler berücksichtigen, kommen üblicherweise zu dem Schluß, daß Einkommens- und Armutsmobilität sehr viel geringer sind. In unserer Fallstudie, in der wir verschiedene Kriterien angelegt haben, um den Armutstatus eines Haushalts zu bestimmen, stellen wir fest, daß fast 40 Prozent der untersuchten Haushalte als dauerhaft arm bezeichnet werden müssen (Andreß et al. 1996: 235ff.).

Obwohl es eine Vielzahl von Analysen mit dem Sozio-ökonomischen Panel gibt, die zeigen, daß Einkommensarmut in der Mehrzahl der Fälle eine kurzfristige Erfahrung ist, ist relativ wenig darüber bekannt, um welche Gruppen es sich bei den (vielen) kurzfristig und den (wenigen) langfristig einkommensarmen Personen und Haushalten handelt. In unserer oben erwähnten Fallstudie haben wir mit interpretativen Methoden verschiedene Idealtypen rekonstruiert (Andreß/Schulte 1998, Andreß et al. 1996: 239ff.), die einen gewissen Einblick vermitteln. Danach drängt sich der Eindruck auf, daß Aufstiege aus Einkommensarmut entweder zu Beginn oder am Ende des aktiven Erwerbslebens auftreten. In den mittleren und späteren Lebensphasen sinken auch die Kosten für die Kinder, da diese entweder eigene Einkommen beziehen oder anderweitig ökonomisch unabhängig werden. Langfristig einkommensarme Haushalte auf der anderen Seite setzen sich im wesentlichen aus Personen zusammen, die entweder sehr beschränkte Möglichkeiten haben, ihre Arbeitsmarktposition zu verbessern (Rentner, Alleinerziehende, „Multiproblemfälle“), oder die über einen langen Zeitraum mit hohen Lebenshaltungskosten konfrontiert sind (z.B. Familien mit kleinen Kindern). Treten in diesen Fällen unzureichende Interventionen des Sozialstaates hinzu, dann ist die Wahrscheinlichkeit langfristiger Einkommensarmut hoch.

Für Sozialhilfeempfänger wurde nachgewiesen, daß viele der eher kurzfristigen Sozialhilfezahlungen sozusagen auf die Ineffizienz des Wohlfahrtsstaates selbst zurückzuführen sind (Buhr 1995). Die Betroffenen warten auf die Zahlung vorrangiger Sozialleistungen (Renten, Arbeitslosengeld/-hilfe) und benötigen in der Zwischenzeit einen Einkommensersatz. Arbeitslose gehören ebenfalls zu den eher durchschnittlich von Sozialhilfe abhängigen Personen (Andreß 1994). Unter den langfristigen Beziehern von Sozialhilfe finden wir vor allem alleinerziehende Mütter, alleinstehende Frauen und ältere Personen, insgesamt also Personen, die eher geringe Chancen haben, einer Armutsfalle über den Arbeitsmarkt zu entgehen.

Abschließend kann man daher feststellen, daß auch die Analyse der Armutsdauer ein zwiespältiges Gefühl bei der Frage hinterläßt, ob es in der Bundesrepublik

eine „Underclass“ in dauerhafter Armut gibt. Es ist zweifelsohne das Verdienst der sogenannten „dynamischen“ Armutsforschung, einerseits nachgewiesen zu haben, daß ein Großteil der Armutsbetroffenheit nur kurzfristiger Natur ist, ja zum Teil aus Friktionen des Sozialstaates resultiert. Andererseits darf jedoch nicht vergessen werden, daß erstens viele Aufstiege aus Armut nur in einen „prekären Wohlstand“ führen (Hübinger 1996) und daß natürlich zweitens der Personenkreis, der dauerhaft in Armut verbleibt, nicht verschwunden ist, auch wenn sein prozentualer Anteil eher klein ist. Erschwerend kommt für diese kleine Gruppe von Personen mit langer Armutsdauer hinzu, daß ihre sozio-demographischen Merkmale eher eine pessimistische Prognose nahelegen, was die Frage einer möglichen Armutsüberwindung anbetrifft.

3. **Schlußfolgerungen**

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß empirische Untersuchungsergebnisse unterschiedlich interpretiert werden können: Ähnlich wie das Wasserglas, das entweder halbvoll oder halbleer ist, sind 10 Prozent Einkommensarmut für den einen dramatisch, für den anderen dagegen vernachlässigbar. Verglichen mit dem Begriff der Zwei-Drittel-Gesellschaft ist ein Zehntel wenig, verglichen mit der Behauptung, in der Bundesrepublik gäbe es keine Armut, ist es dagegen viel. Wissenschaftliche Aussagen bedürfen der Differenzierung. Empirische Fakten und ihre zeitlichen Veränderungen müssen unter Verwendung der besten Methoden exakt rekonstruiert werden, und bewertende Aussagen bedürfen einer genauen Explikation der zugrundegelegten Vergleichsmaßstäbe. Insofern mögen die folgenden Schlußfolgerungen etwas spröde und nüchtern klingen und für den Geschmack des einen oder anderen Armutspolitikers zu wenig prononciert sein. Fest steht jedoch: Die berichteten Forschungsergebnisse geben zur Dramatisierung keinen Anlaß.

Auch wenn kein Zweifel daran bestehen kann, daß es in der Bundesrepublik Personen gibt, die - verglichen mit dem Bevölkerungsdurchschnitt - über ein geringes Einkommen verfügen, die sich wesentliche Dinge eines allgemein akzeptierten Lebensstandards nicht leisten können und für die sich erhebliche Einschränkungen in ihrer alltäglichen Lebensführung und ihrem Wohlbefinden nachweisen lassen, so ist doch ebenso klar, daß die Betroffenheit von Einkommens- oder Deprivationsarmut im Bevölkerungsdurchschnitt sicher unter 15 Prozent liegt und daß keine Hinweise auf eine wesentliche Zunahme im Zeitablauf festzustellen sind. Dementsprechend finden sich zwar Berichte der Individuen über Ausgrenzungserfahrungen - auch in Umfragedaten -, aber zumindest unsere Analysen sozialer Netzwerke lassen nicht den Schluß zu, daß bereits eine „Underclass“ entstanden ist, die nicht nur durch eine marginale ökonomische Position, sondern auch durch soziale Isolation gekennzeichnet ist. Eine Analyse der Einkommensquellen zeigt zudem, daß ein erstaunlich hoher Anteil der einkommensschwachen Haushalte über Erwerbseinkommen verfügt, die zwar im Einzelfall nicht sehr hoch sein können bzw. mehrere

nicht-erwerbstätige Personen miternähren müssen, die aber nicht im Sinne eines „weak attachment to the labor force“ (Wilson 1991: 474) interpretiert werden können, wie man es beispielsweise bei männlichen Farbigen US-amerikanischer Armutsgghettos findet. Im Gegenteil: Diese Personen sind einkommensarm trotz Erwerbstätigkeit!

Ebenso deutlich muß aber auch hinzugefügt werden, daß es sich bei den Aussagen zur Betroffenheit von Armut um Durchschnittsangaben handelt, die in einzelnen Gruppen erheblich überschritten werden. Mehrere Gruppen stechen hier besonders hervor: Das sind zum einen die Familien mit (mehreren) Kindern und zum anderen die (meistens weiblichen) Alleinerziehenden. Die Betroffenheit von Einkommens- und Deprivationsarmut ist hier erheblich höher, wie wir an anderer Stelle (Andreß/Lipsmeier 1997) anhand mehrerer Indikatoren nachweisen konnten. Diese Beobachtung wird auch durch die Entwicklung der Sozialhilfezahlen unterstützt, die für die Alleinerziehenden schon immer, für die Kinder und jungen Erwachsenen dagegen erst seit Mitte der 80er Jahre überdurchschnittliche Sozialhilfefquoten ausweisen. „Man kann daher mit guten Gründen von einer *Infantilisierung der Armut* in der Bundesrepublik sprechen“ (Hauser 1997: 40). Für beide Gruppen lassen sich aber aus den hier diskutierten Daten keine sozialen Isolations-tendenzen ableiten. Für die Alleinerziehenden zeigt sich im Gegenteil, daß Sozialhilfe nicht für alle, aber doch für viele den Charakter einer Übergangsfinanzierung hat, mit der eine temporäre Notlage überbrückt wird (Ludwig 1996; Mädje/Neusüß 1994, 1996). Zweifelsohne geht der Sozialhilfebezug mit Einschränkungen einher, aber diese Unterstützung verhindert den sozialen Ausschluß der Person und wird gerade deshalb von dieser strategisch genutzt.

Eine weitere Gruppe sind die Personen mit sehr langer Armutsdauer. Diese Gruppe ist nicht sehr groß, deshalb kann auch nicht sehr viel Differenzierendes über sie gesagt werden. Die wenigen verfügbaren Informationen zeichnen jedoch ein eher pessimistisches Bild. Die zugrundeliegenden Problemlagen - es handelt sich um Alleinerziehende und Paare mit (mehreren) kleinen Kindern oder Rentner mit zu geringer Altersversorgung - sind in der Regel dauerhaft, und Auswege aus der Armutsfalle über den Arbeitsmarkt sind entweder prinzipiell ausgeschlossen oder wegen mangelnder Arbeitserfahrung und/oder häuslicher Bindung durch Kindererziehung eher unwahrscheinlich. Immer wieder hingewiesen werden muß auch auf die Gruppe der Ausländer und Migranten, deren überdurchschnittliche Armutsrisiken mit der Ausländer- bzw. der Zuwandererstichprobe des Sozio-ökonomischen Panels leicht nachzuweisen sind, über die jedoch faktisch keine eigenständigen Armutsanalysen existieren (Testrot 1997).

Über eine letzte Gruppe, die Arbeitslosen, die ebenfalls ganz wesentlich zu dem Anstieg der Sozialhilfezahlen beigetragen hat, ist es schwierig, eine prägnante Aussage zu machen. Das hängt damit zusammen, daß es sich bei den Arbeitslosen um eine sehr heterogene Gruppe handelt. Arbeitslosigkeit ist in der Mehrzahl der Fälle ein transitorisches Phänomen, und wie sich Einkommensverluste aufgrund von Arbeitslosigkeit auf die wirtschaftliche Situation einer Person auswirken, hängt we-

sentlich vom Haushaltskontext ab (Klein 1987; Landua 1990). Auch sind die Effekte der sozialen Sicherungssysteme zu beachten, die zumindest Mitte der 80er Jahre soziale Risiken in ganz erheblichem Maße abgefangen haben (Büchtemann 1985).²¹ Von besonderem Interesse ist daher vor allem die Gruppe der Langzeitarbeitslosen, bei denen der Ausschluß vom Arbeitsmarkt nicht mehr nur ein temporäres Phänomen ist und für die Leistungen der Arbeitslosenversicherung entweder ausgelaufen sind oder nur auf einem erheblich abgesenkten Niveau zur Verfügung gestellt werden. Für diese Gruppe lassen sich mit zunehmender Arbeitslosigkeitsdauer ganz erhebliche Sozialhilfe- und Einkommensarmutsrisiken nachweisen (Ludwig-Mayerhofer 1992). Sie sind damit nicht nur von Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt betroffen, sondern befinden sich auch in einer ökonomisch prekären Lage und sind von Transferleistungen abhängig.

Ob diese Ausgrenzung in zwei zentralen Dimensionen auch zu einer sozialen Isolation der Betroffenen führt, läßt sich mit Hilfe von Umfragedaten sowohl aus inhaltlichen Gründen, aber auch aufgrund der geringen Fallzahlen²² schwer beantworten. Differenziertere Informationen liefern hier Studien, die sich ausschließlich mit Arbeitslosen beschäftigen und dabei auch auf qualitative Erhebungsmethoden zurückgreifen (beispielhaft etwa Kronauer et al. 1993). Aber auch hier sind die Aussagen für verschiedene Gruppen von Arbeitslosen zu differenzieren. Unter Ausblendung der Personen, die ihre Arbeitslosigkeit als Übergang in eine gesellschaftlich anerkannte Alternativrolle betrachten, unterscheiden Kronauer et al. insgesamt sechs Typen von Arbeitslosen, von denen zwei die Personen umfassen, für die Arbeitslosigkeit zur lebensbestimmenden Realität wird (35% der Männer, 11% der Frauen). Unter letzteren ist der Anteil der Personen, die zwei Jahre und länger arbeitslos sind, besonders hoch, und auf diese Personen beziehen sich Kronauer et al. vor allem, wenn sie in Anlehnung an Theodor Geiger (Geiger/Steinert/Schweizer 1991) von einer „Schicht der Dauerarbeitslosen“ sprechen. „Von der aktiven Teilnahme am ökonomischen System der Produktion und Reproduktion sind die Dauerarbeitslosen gegen ihren Willen ausgeschlossen. Zugleich befinden sie sich in einer Lage sozialer Isolation, auch wenn diese andere Formen annehmen mag als die räumliche Segregation. Soziale Isolation kann sich im individuellen Rückzug, angetrieben von der Scham über die eigene Arbeitslosigkeit, ebenso äußern wie in der Beschränkung sozialer Beziehungen auf den Schutzraum des eigenen Milieus“ (Kronauer 1995: 209).

Das Beispiel der Dauerarbeitslosen macht auch schließlich die Grenzen von Umfragedaten deutlich. Dabei ist das Problem der Fallzahlen noch nicht einmal das gravierendste,²³ wichtiger erscheint der Einwand, daß Fragen der eigenen Bewußtseins- und Identitätsbildung, der eigenen Verortung im gesellschaftlichen Gefüge usw. nur sehr schwer mit standardisierten Erhebungsinstrumenten zu erfassen sind. Auch die Erhebung der Sozialkontakte im Rahmen standardisierter Netzwerkerhebungen (vgl. Abschnitt 2.5) sagt in erster Linie etwas über die Quantität dieser Kontakte aus.

Ein eher grundsätzlicher Einwand ist schließlich das Argument, daß Umfragen ein typisches Mittelschichtinstrument seien, das zwar zur Erhebung des Bevölkerungsdurchschnittes, nicht aber zur Erfassung gesellschaftlicher Randgruppen geeignet sei. Dazu ist zunächst festzustellen, daß aufgrund der üblicherweise in der Umfrageforschung verwendeten Auswahlverfahren, die u.a. auf der Existenz einer Wohnadresse aufsetzen, in der Tat Personen mit „ungewöhnlichen Arbeits-, Lebens- und Wohnsituationen aus den Erhebungen [herausfallen]“ (Schnell 1991: 125). Alle Personen, die von Ausgrenzung am Wohnungsmarkt betroffen oder bedroht sind, haben daher gleichzeitig sozusagen ein hohes Exklusionsrisiko aus sozialwissenschaftlichen Umfragen. Ob darüber hinaus auch die zwar prinzipiell über eine Wohnung erreichbaren, aber sozial isolierten und von sonstigen Exklusionsrisiken betroffenen Personen ebenfalls in Umfragen unterrepräsentiert sind, läßt sich mangels Vergleichsdaten schwer beantworten. Grundsätzlich zeigen jedoch Beispiele wie die US-amerikanische Panel Study of Income Dynamics (Hill 1992), daß bei Verfügbarkeit entsprechender finanzieller und personeller Ressourcen auch standardisierte Erhebungen in den Randbereichen der Gesellschaft, hier etwa dem unteren Einkommensbereich, möglich sind. Wahrscheinlich ist es die beste Strategie, zur Analyse sozialer Ausgrenzungsprozesse speziell konzipierte Repräsentativumfragen mit qualitativen Fallstudien in einzelnen Subgruppen zu kombinieren, um auf diese Weise die spezifischen Beschränkungen beider Erhebungsmethoden, die inhaltlichen Beschränkungen standardisierter Erhebungen einerseits und die mangelnde Generalisierbarkeit von Fallstudien andererseits, zu überwinden.

Anmerkungen

* Bei dieser Arbeit handelt es sich um einen Vorabdruck von Teilen eines Beitrages zu dem vom H. Häußermann, M. Kronauer und W. Siebel herausgegebenen Sammelband „Eine neue Unterklasse? Armut und Ausgrenzung in den Städten“. Ein Großteil der hier berichteten Ergebnisse beruht auf Diskussionen und Analysen im Rahmen des DFG-Projektes „Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich“ (Aktenzeichen An 210/1-2). Meinen Mitarbeitern E. Burkatzki, G. Lipsmeier, K. Salentin, K. Schulte und W. Strengmann-Kuhn bin ich zu großem Dank verpflichtet. Mein Dank geht auch an Martin Kronauer, der diesen Beitrag kritisch gelesen und mich immer wieder zu weiteren Präzisierungen motiviert hat.

- 1 Kronauer (1997: 43) sieht im wesentlichen drei Institutionen, in denen sich „institutionelle Ausgrenzungsprozesse“ manifestieren: 1. Schule und Ausbildungseinrichtungen, 2. Institutionen der Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Armut sowie 3. öffentliche und private Dienstleistungen, die sich aus der Versorgung der Ausgeschlossenen zurückziehen.
- 2 Vgl. Projektgruppe Panel 1995. Eine alternative Datenquelle ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes, die jedoch weniger aktuelle Ergebnisse liefert. Für einen Vergleich der EVS mit Daten des Panels vgl. Hauser/Becker (1996).
- 3 Genau genommen müßte man von einer Einkommensarmutsquote sprechen.
- 4 Bei der Berechnung bedarfsgewichteter Pro-Kopf-Einkommen wird das Haushaltseinkommen nicht gleichmäßig auf alle Haushaltsmitglieder verteilt. Statt dessen wird unterstellt, daß sich aufgrund von Einsparungseffekten mit zunehmender Haushaltsgröße geringere Einkommens-

- mehrbedarfe für die weiteren Haushaltsmitglieder ergeben und daß der Einkommensbedarf zusätzlich mit dem Alter der Person variiert. In den zitierten bundesrepublikanischen Arbeiten werden dafür die Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes verwendet, die für die weiteren erwachsenen Haushaltsmitglieder 80 Prozent der Einkommensbedarfes des Haushaltsvorstandes veranschlagen und für die Kinder je nach Alter Anteile zwischen 50 und 90%.
- 5 Als Zuwanderer gelten: Übersiedler aus der DDR bis Juni 1990, Ost-West-Migranten seit Juli 1990, Aussiedler, Asylbewerber und Flüchtlinge, Zuwanderer aus den Hauptanwerbegebieten („Gastarbeiter“) inkl. Familiennachzüge, sonstige Zuwanderer.
 - 6 Für die Bundesrepublik wird häufig argumentiert, daß die Sozialhilfeschwelle zwischen der 40%- und der 50%-Grenze läge und die 50%-Grenze daher in etwa dem Einkommen entspräche, unterhalb dessen man sozialhilfeberechtigt sei. Das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) verwendet standardmäßig die 50%-Grenze für seine Berichterstattung, so daß man auch von dem Europäischen Minimaleinkommen (European Minimum Income) spricht.
 - 7 Grundlage dieser Auswertung waren a) die Mindesteinkommens- und b) die Einkommensbewertungsfrage:
 - a) „Welches Einkommen würden Sie persönlich - unter Ihren Lebensumständen - als das Mindesteinkommen betrachten? Gemeint ist der monatliche Betrag, den Ihr Haushalt unbedingt braucht, um zurechtzukommen.“
 - b) „Welches Haushaltsnettoeinkommen würden Sie - bezogen auf Ihre Lebensumstände - als ein sehr schlechtes Einkommen ansehen? Und was wäre für Sie - immer bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen - ein schlechtes Einkommen? ... ein noch ungenügendes Einkommen? ... ein gerade ausreichendes Einkommen? ... ein gutes Einkommen? ... ein sehr gutes Einkommen?“
 - 8 Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen betrug 1991 im früheren Bundesgebiet 6,3 Prozent und ist bis 1996 auf 10,1 Prozent gestiegen (Statistisches Bundesamt 1997: 89). Auswertungen auf Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigen, daß sich die relative Wohlstandsposition der Arbeitslosen-, aber auch der Sozialhilfeempfänger-Haushalte seit den 70er Jahren verschlechtert hat (Hauser 1997: 38; Schäfer 1996: 606).
 - 9 So hat sich die Quote der Personen, die im früheren Bundesgebiet im Laufe eines Jahres mindestens einmal Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen haben, von 2,1 Prozent im Jahr 1980 auf 5,2 Prozent im Jahr 1993 erhöht (Zwick 1997: 59, Zahlen zitiert nach Moscicka 1997: 119). Die Jahresendbestände zeigen einen ähnlichen Trend, sind jedoch etwas niedriger (z.B. 1993: 3,3%, vgl. Neuhäuser 1995: 708). Auch wenn ein Teil dieser Entwicklung auf die zunehmende Sozialhilfebedürftigkeit von Ausländern und auf die seit Mitte der achtziger Jahre stark zunehmende Zuwanderung (Asylbewerber, Flüchtlinge, Aussiedler) zurückzuführen ist (Zwick 1997: 94ff.), so kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß sich auch das Sozialhilferisiko der Deutschen von 1980 bis 1993 in etwa verdoppelt hat (Hauser 1997: 40ff.; Neuhäuser 1995; Zwick 1997: 94ff.).
 - 10 Konkret haben wir eine 60%-Armutsgrenze zugrundegelegt. Die wesentlichen Schlußfolgerungen ändern sich jedoch nicht, wenn wir statt der 60%- eine 50%-Armutsgrenze verwenden (Andreß et al. 1996: 270, 273). Wenn ein Haushalt in den Untersuchungsjahren mehrmals unter die Armutsgrenze fiel, dann wurden seine Daten aus den jeweiligen Jahren als voneinander unabhängige Beobachtungen berücksichtigt.
 - 11 Die Auswertungen wurden auf Haushaltsebene durchgeführt. Dies ist für die Analyse der Haushaltseinkommen unproblematisch, bei denen wir danach unterschieden haben, ob sie sich 1. überwiegend aus Erwerbseinkommen, 2. überwiegend aus staatlichen Transfers oder 3. aus Kombinationen beider Einkommensquellen finanzierten (eine vierte Kategorie umfaßt den Rest der sonstigen Kombinationen). Die Erwerbsbeteiligung ist dagegen ein Personenmerkmal und kann nur mit Informationsverlusten auf Haushaltsebene aggregiert werden. Wir haben zwischen Haushalten unterschieden, in denen

- a) mind. eine Person erwerbstätig ist und niemand Arbeit sucht,
- b) mind. eine Person erwerbstätig ist und mind. eine andere Person Arbeit sucht,
- c) niemand erwerbstätig ist, aber mind. eine Person Arbeit sucht,
- d) keine Person erwerbstätig oder arbeitsuchend ist.

Haushalte mit Personen über 60 Jahren, in denen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, daß niemand mehr am Erwerbsleben teilnimmt, wurden bei der Auswertung des Arbeitsangebotes außer acht gelassen.

- 12 Dabei ist zu beachten, daß hier 5-6 Indikatoren (statt 4 wie im Armutsbericht des DGB/DPWV) berücksichtigt wurden, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß die Untersuchungspersonen in mindestens einem der Bereiche ein Defizit aufweisen.
- 13 In einigen Fällen scheinen die verwendeten Indikatoren vor allem eine Funktion der verfügbaren Variablen in den verwendeten Datensätzen zu sein. Das gilt insbesondere für die Armutsstudie des DGB/DPWV, die dafür keine eigenen Primärerhebungen durchführen konnte und statt dessen auf die Daten des Sozio-ökonomischen Panels zurückgreifen mußte.
- 14 Das gilt im übrigen nicht nur für konsumierbare Güter und Dienstleistungen, sondern auch für öffentliche Güter wie z.B. das Bildungssystem, dessen Angebote man nutzen kann oder auch nicht. Die „Unterversorgung“ mit Bildungsabschlüssen muß daher nicht notwendigerweise Ausdruck „struktureller Ungleichheiten in den Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen und Versorgungslagen“ (Hanesch 1996: 170), sondern kann auch Ergebnis individueller Wahlhandlungen sein.
- 15 Die Durchführung dieser Umfrage mit dem Titel „Alltag in Deutschland“ ist ausführlich in Andreß et al. (1996: Anhang A3) beschrieben. Ergänzend zu den erwähnten 685 Personen wurde auch eine Stichprobe von Sozialhilfeempfängern befragt, die sich allerdings aus unterschiedlichen Kommunen Ost- und Westdeutschlands rekrutierte.
- 16 Dazu mußten die Befragten den Lebensstandard ihres Haushaltes insgesamt auf einer fünfstufigen Skala von „ausgezeichnet“ bis „unzureichend“ bewerten.
- 17 Zur Berechnung des Deprivationsindex und zur Bestimmung der Armutsgrenze vgl. Andreß et al. (1996: 104ff.).
- 18 Beispiele sind die Untersuchungen von Alisch/Dangschat (1993) bzw. Dangschat (1995) für Hamburg, Bartelheimer (1997) für Frankfurt/M., Farwick/Voges (1997) für Bremen, von Fintel/Hußing (1993) für Hamburg oder Kortmann et al. (1995) für Berlin.
- 19 Vgl. z.B. Krug/Rehm (1986) für eine Analyse der Sozialhilfeempfängerzahlen auf Kreisebene oder die Analysen zum Nord-Süd-Gefälle bei Friedrichs/Häußermann/Siebel (1986).
- 20 Meistens durch spezielle Erhebungen von Sozialhilfeakten auf lokaler Ebene (z.B. Andreß 1992; Voges/Zwick 1991). Für die gesamte Bundesrepublik liegen erst seit der Reform der Sozialhilfestatistik im dem Jahr 1994 einige globale Indikatoren vor (Seewald 1997).
- 21 Aufgrund der spezifischen Beschäftigungsstrukturen in der DDR (hohe dauerhafte Erwerbsbeteiligung, hoher Anteil erwerbstätiger Frauen) ist auch die soziale Absicherung der ostdeutschen Arbeitslosen in den ersten Jahren nach der Wende vergleichsweise gut (Müller/Frick/Hauser 1996).
- 22 In dem für sozialwissenschaftliche Umfragen sehr umfangreichen Sozio-ökonomischen Panel sind z.B. im Jahr 1984 lediglich 439 von insgesamt 12245 Personen arbeitslos gemeldet. Die Zahlen verringern sich weiter, wenn man nach der Dauer der Arbeitslosigkeit differenziert.
- 23 Natürlich wird die Anzahl der Arbeitslosen, die zwei Jahre und länger ohne Beschäftigung sind, in allgemeinen Bevölkerungsumfragen selbst bei großem Stichprobenumfang eher gering sein (s. das obige Beispiel des Sozio-ökonomischen Panels). Prinzipiell läßt sich dieses Problem jedoch durch ein geeignetes Untersuchungsdesign umgehen, bei dem die in Frage stehende Gruppe entsprechend überrepräsentiert wird. So wird z.B. in der US-amerikanischen Panel Study of Income Dynamics (Hill 1992) der untere Einkommensbereich überrepräsentiert, so daß auch für Haushalte mit sehr geringen Einkommen differenzierte Analysen möglich sind.

Literaturangaben

- Adams, U., 1971: Nachhut der Gesellschaft. Untersuchung einer Obdachlosensiedlung in einer westdeutschen Großstadt. Freiburg: Lambertus.
- Alisch, M./Dangschat, J.S., 1993: Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen.
- Andreß, H.J., 1992: Die Bielefelder Datenbank „Sozialhilfe-Statistik“: Teil 1 - Entstehung, Design und Analysemöglichkeiten. Teil 2 - Datenbestand und Nutzungsmöglichkeiten mit SQL/DS und SAS. Bielefeld: Arbeitspapier 1992/1 des Projektes „Verbleib in Sozialhilfe“.
- Andreß, H.J., 1994: Steigende Sozialhilfezahlen. Wer bleibt, wer geht und wie sollte die Sozialverwaltung darauf reagieren? S. 75-105 in: Zwick, M., (Hrsg.), Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. Frankfurt/New York: Campus.
- Andreß, H.J./Burkatzki, E./Lipsmeier, G./Salentin, K./Schulte, K./Strengmann-Kuhn, W., 1996: Leben in Armut: Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Bielefeld: unveröff. Endbericht des DFG-Projektes „Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich (VuE)“.
- Andreß, H.J./Lipsmeier, G., 1995: Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung. Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B31-32/95: 35-49.
- Andreß, H.J./Lipsmeier, G., 1997: Kosten von Kindern: Auswirkungen auf die Einkommensposition und den Lebensstandard der betroffenen Haushalte. Erscheint in: Klocke, A./Hurrelmann, K., (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut - Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. Opladen 1997: Westdeutscher Verlag.
- Andreß, H.J./Lipsmeier, G./Salentin, K., 1995: Soziale Isolation und mangelnde soziale Unterstützung im unteren Einkommensbereich? Vergleichende Analysen mit Umfragedaten. Zeitschrift für Soziologie 24: 300-315.
- Andreß, H.J./Schulte, K., 1998: Poverty Risks and the Life Cycle: The Individualization Thesis Reconsidered. S. 331-359 in: Andreß, H.J., (Hrsg.), Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. Aldershot: Avebury.
- Bartelheimer, P., 1997: Risiken für die soziale Stadt. Erster Frankfurter Sozialbericht. Frankfurt/M.: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge.
- Berger, R., 1984: Problemgruppen. S. 264-285 in: Glatzer, W./Zapf, W., (Hrsg.), Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt/New York: Campus.
- Bödeker, S., 1992: Haushaltsführung in einem sozialen Brennpunkt. Eine qualitative Analyse. Frankfurt: Campus.
- Buhr, P., 1995: Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Buhr, P./Weber, A., 1998: Long-Term Reciprocity of Social Assistance in Germany: The Eighties Versus the Nineties. S. 315-329 in: Andreß, H.J., (Hrsg.), Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. Aldershot: Avebury.
- Büchtemann, C.F., 1985: Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit. Datenlage und neue Befunde. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4: 450-66.

- Clemens, W., 1994: Lebenslage als Konzept sozialer Ungleichheit - zur Thematisierung sozialer Differenzierung in Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit. Zeitschrift für Sozialreform 40: 141-165.
- Dangschat, J., 1995: „Stadt“ als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-32/95: 50-62.
- Diekmann, A., 1995: Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek: Rowohlt.
- Farwick, A./Voges, W., 1997: Segregierte Armut und das Risiko sozialer Ausgrenzung. Zum Einfluß der Nachbarschaft auf die Verstetigung von Sozialhilfebedürftigkeit. Bremen: Universität Bremen, ZWE „Arbeit und Region“, Arbeitspapier Nr. 27.
- Frick, J./Krause, P./Wagner, G., 1997: Einkommensverteilung. S. 502-514 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Friedrichs, J., 1998: Do Poor Neighborhoods Make Their Residents Poorer? Context Effects of Poverty Neighborhoods on Residents. S. 77-99 in: Andreß, H.J., (Hrsg.), Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. Aldershot: Avebury.
- Friedrichs, J./Häußermann, H./Siebel, W., (Hrsg.), 1986: Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen. Opladen
- Geiger, M./Steinert, E./Schweizer, C., 1991: Alleinstehende Frauen ohne Wohnung. Soziale Hintergründe, Lebensmilieus, Bewältigungsstrategien, Hilfeangebote. Band 5 der Schriftenreihe des Bundesministers für Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- Girtler, R., 1980: Vagabunden in der Großstadt. Stuttgart.
- Glatzer, W./Hübinger, W., 1990: Lebenslage und Armut. S. 31-55 in: Döring, D./Hanesch, W./Huster, E.U., (Hrsg.), Armut im Wohlstand. Frankfurt: Suhrkamp.
- Goedhart, T./Halberstadt, V./Kapteyn, A./Van Praag, B.M.S., 1977: The Poverty Line: Concept and Measurement. The Journal of Human Resources 12: 503-520.
- Gordon, D./Pantazis, C., (Hrsg.) 1997: Breadline Britain in the 1990s. Ashgate.
- Habich, R., 1994: Problemgruppen. S. 582-588 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1994 - Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Habich, R./Krause, P., 1997: Armut. S. 515-525 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1994 - Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hagenaars, A.J.M., 1986: The Perception of Poverty. Amsterdam: Elsevier Science Publishers.
- Hanesch, W., (Hrsg.), 1993: Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Düsseldorf: Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung 2.
- Hanesch, W., 1996: Armut und Unterversorgung im vereinten Deutschland. S. 165-195 in: Andreß, H.J., (Hrsg.), Fünf Jahre danach: Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im wiedervereinigten Deutschland. Berlin: de Gruyter.
- Hanesch, W./Adamy, W./Martens, R./Rentzsch, D./Schneider, U./Schubert, U./Wißkirchen, M., 1994: Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek: Rowohlt.

- Hauser, R., 1997: Wächst die Armut in Deutschland? S. 29-48 in: Müller, S./Otto, U., (Hrsg.), Armut im Sozialstaat. Neuwied: Luchterhand.
- Hauser, R./Becker, I., 1996: Zur Entwicklung der personellen Verteilung der Einkommen in West- und Ostdeutschland 1973 bzw. 1990 bis 1994. Sozialer Fortschritt 45: 285-293.
- Hauser, R./Cremer-Schäfer, H./Nouvellet, U., 1981: Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und sozialpolitische Perspektiven. Frankfurt: Campus.
- Hauser, R./Faik, J., 1996: Strukturwandel der unteren Einkommenschichten in der Bundesrepublik Deutschland während eines Vierteljahrhunderts. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe unter Berücksichtigung der in der Sozialhilfe implizierten Bedarfsgewichte und der Änderung der Unterkunftskosten. Frankfurt/M.: unveröff. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit.
- Hess, H./Mechler, A., 1973: Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hill, M.S., 1992: The Panel Study of Income Dynamics. A User's Guide. Newbury Park: Sage.
- Hübinger, W., 1996: Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg: Lambertus.
- Huster, E.U., 1996: Armut in Europa. Opladen: Leske + Budrich.
- Klein, T., 1987: Sozialer Abstieg und Verarmung von Familien durch Arbeitslosigkeit. Eine mikroanalytische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/ M.: Campus.
- Kortmann, K./Bujok, E./von Rosenblatt, B./Schneekloth, U./Thum, M., 1995: Bericht zur sozialen Lage im Land Berlin. Berlin: Infratest Sozialforschung GmbH.
- Krause, P., 1994: Die Einkommen in Ostdeutschland steigen weiter - auch die Einkommensarmut nimmt wieder zu. DIW-Wochenbericht 51/52: 867-872.
- Krause, P., 1995: Ostdeutschland fünf Jahre nach der Einheit: Rückgang der Erwerbsbeteiligung scheint gestoppt, Einkommen gleichen sich weiter an, Armut stagniert. DIW Wochenbericht 62: 863-869.
- Kronauer, M., 1995: Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: Die Entstehung einer neuen „Underclass“?. S. 197-214 in: Soziologisches Forschungsinstitut (Hrsg.), Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte. Opladen: Leske + Budrich.
- Kronauer, M., 1997: „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. Leviathan 25: 28-49.
- Kronauer, M./Vogel, B./Gerlach, F., 1993: Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung. Frankfurt: Campus.
- Krug, W./Rehm, N., 1986: Disparitäten der Sozialhilfedichte. Eine statistische Analyse. Bd. 190 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart: Kohlhammer.
- Landua, D., 1990: Verläufe von Arbeitslosigkeit und ihre Folgen für die Wohlfahrt von Haushalten und Individuen. Zeitschrift für Soziologie 19: 203-211.
- Landua, D./Habich, R., 1994: Problemgruppen der Sozialpolitik im vereinten Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu „Das Parlament“ B3/94: 3-14.

- Ludwig, M., 1996: Armutskarrieren zwischen sozialem Abstieg und Aufstieg. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ludwig-Mayerhofer, W., 1992: Arbeitslosigkeit, Erwerbsarbeit und Armut. Längerfristige Armutsrisiken im Kontext von Haushalt und Sozialstruktur. S. 380-402 in: Leibfried, S./Voges, W., (Hrsg.), Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. (Sonderheft 32 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). (Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mack, J./Lansley, S., 1985: Poor Britain. London: George Allen & Unwin.
- Mädje, E./Neusüß, C., 1994: Alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen zwischen sozialpolitischem Anspruch und gesellschaftlicher Realität. S. 134-155 in: Zwick, M., (Hrsg.), Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. Frankfurt: Campus.
- Mädje, E./Neusüß, C., 1996: Frauen im Sozialstaat. Zur Lebenssituation alleinerziehender Sozialhilfe-Empfängerinnen. Frankfurt/New York: Campus.
- Mollenkopf, J.H./Castels, M., (Hrsg.), 1992: Dual City. Restructuring New York. New York: Russell Sage Foundation.
- Moscicka, I., 1997: Strukturwandel der Sozialhilfe. Eine Sekundäranalyse der Sozialhilfedaten für die Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld: unveröff. Diplomarbeit an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld.
- Müller, K./Frick, J./Hauser, R., 1996: Die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und ihre Verteilungswirkungen. S. 197-223 in: Andreß, H.J., (Hrsg.). Fünf Jahre danach: Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im wiedervereinigten Deutschland. Berlin: de Gruyter.
- Müller, K./Hauser, R./Frick, J./Wagner, G., 1995: Zur Entwicklung der Einkommensverteilung und der Einkommenszufriedenheit in den neuen und alten Bundesländern 1990 bis 1993. S. 73-108 in: Glatzer, W./Noll, H.H., (Hrsg.). Getrennt vereint: Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Soziale Indikatoren 18. Frankfurt/M.: Campus.
- Neuhäuser, J., 1995: Sozialhilfeempfänger 1993. Wirtschaft und Statistik 9/1995: 704-718.
- Noll, H.H., 1997: Wohlstand, Lebensqualität und Wohlbefinden in den Ländern der Europäischen Union. S. 431-473 in: Hradil, S./Immerfall, S. (Hrsg.). Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- O'Loughlin, J./Friedrichs, J. (Hrsg.) 1996: Social Polarization in Post-Industrial Metropolises. Berlin/New York: de Gruyter.
- Preußner, N., 1989: Not macht erfinderisch: Überlebensstrategien der Armenbevölkerung seit Beginn des 19. Jahrhunderts. München: AG SPAK.
- Projektgruppe Panel, 1995: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 64, Heft 1.
- Riede, Th., 1989: „Problemgruppen“. S. 514-523 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1989 - Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Room, G., 1990: Observatory on National Policies to Combat Social Exclusion. Synthesis Report. Bath: University of Bath.
- Schäfer, C., 1996: Mit falschen Verteilungs-„Götzen“ zu echten Standortproblemen. Zur Entwicklung der Verteilung in 1995 und den Vorjahren. WSI-Mitteilungen 49: 597-616.

- Schnell, R., 1991: Wer ist das Volk? Zur faktischen Grundgesamtheit bei „allgemeinen Bevölkerungsumfragen“: Undercoverage, Schwererreichbare und Nichterreichbare. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43: 106-137.
- Schott-Winterer, A., 1990: Wohlfahrtsdefizite und Unterversorgung. S. 56-78 in: Döring, D./Hanesch, W./Huster, E.-U., (Hrsg.), Armut im Wohlstand. Frankfurt: Suhrkamp.
- Schupp, J./Wagner, G., 1995: Die Zuwanderer-Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 64, Heft 1: 16-25.
- Seewald, H., 1997: Die reformierte Sozialhilfestatistik: Ergebnisse und Erfahrungen mit der bisherigen Durchführung. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 77: 251-258.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1997: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Testrot, A., 1997: Armut unter Ausländern. Auswertungen mit dem Sozio-ökonomischen Panel. Bielefeld: unveröff. Diplomarbeit an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld.
- Tobias, G./Boettner, J., 1992: Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt. Essen: Klartext.
- Townsend, P., 1979: Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standards of Living. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- van Oorschot, W., 1998: Failing Selectivity: On Extent and Causes of Non-Take-Up of Social Security Benefits. S. 101-132 in: Andreß, H.J., (Hrsg.), Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. Aldershot: Avebury.
- Voges, W./Zwick, M., 1991: Die Bremer Stichprobe von Sozialhilfeakten - Möglichkeiten für die empirische Sozialforschung. Zeitschrift für Soziologie 20: 78-81.
- von Fintel, M./Hußing, U., 1993: Armut in Hamburg. Beiträge zur Sozialberichterstattung. Hamburg: Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales Freie und Hansestadt Hamburg - Landessozialamt.
- Wilson, W.J., 1987: The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy. Chicago: University of Chicago Press.
- Wilson, W.J., 1991: Public Policy Research and the Truly Disadvantaged. S. 460-481 in: Jencks, C./Peterson, P., (Hrsg.), The Urban Underclass, Washington, D.C.: The Brookings Institution.
- Zwick, J., 1997: „panta rhei“ - Fluktuation und Strukturwandel der Sozialhilfeklientel. S. 49-94 in: Müller, S./Otto, U., (Hrsg.), Armut im Sozialstaat. Neuwied: Luchterhand.

*Prof. Dr. Hans-Jürgen Andreß. Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Postfach 100 131, 33501 Bielefeld.
Email: hja@sozjur.uni-bielefeld.de*